

LINKE KULTUR

Zukunft ist ein kulturelles Programm

Kultur- und Medienpolitische Positionen

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Inhalt

Ich denke an Gramsci

Dr. Gregor Gysi

4

Wer baute das siebentorige Theben?

Oskar Lafontaine

6

Das »K« in DIE LINKE steht für Kultur

Katja Kipping

8

Wir wollen Brot und Rosen!

Kultur für alle – von Anfang an

Dr. Lukrezia Jochimsen

10

Bildung ist ein Menschenrecht

Kulturelle Bildung für alle –

Ein Leben lang

Dr. Rosemarie Hein

12

Medien als Spiegel der Gesellschaft

Grundlinien linker Medienpolitik

Kathrin Senger-Schäfer

14

Digitalisierung als Chance

Neue Herausforderungen für linke

Kultur- und Medienpolitik

Dr. Petra Sitte

16

Brotlose Kunst?

Soziale Lage von Kreativen

im Kultur- und Medienbereich

Herbert Behrens

19

Stadt der Zukunft

Neue Ansätze für lebenswerte Städte

Heidrun Bluhm

21

Eine Stadt ist keine Marke

Linke Kulturpolitik in Hamburg

Norbert Hackbusch

23

Berlin am Bundestropf?

Licht und Schatten der

Hauptstadtkulturförderung

Wolfgang Brauer

26

Kulturland Thüringen

Kulturförderung neu denken

Dr. Birgit Klaubert

29

Für eine Kultur des Friedens

Grundlinien linker Auswärtiger

Kultur- und Bildungspolitik

Stefan Liebich

32

Europa als kulturelles Projekt

Prof. Dr. Lothar Bisky/Heiko Hilker

33

Nachwort

36

Parlamentarische Initiativen

der Fraktion DIE LINKE. im Kultur-,

Medien- und Bildungsbereich

(Auswahl)

38

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, Stellvertretender Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Redaktionsschluss: Mai 2013

Verantwortlich
Dr. Lukrezia Jochimsen MdB, Kulturpolitische Sprecherin
Telefon: 030/22777157, Fax: 030/22776856
E-Mail: lukrezia.jochimsen@bundestag.de

Redaktion
Dr. Annette Mühlberg, Referentin für Kulturpolitik;
Anne Neller, Mitarbeiterin im Abgeordnetenbüro
MdB Luc Jochimsen

Die Texte dieser Broschüre stehen unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“ (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).



Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

Statt eines Vorworts

»Wir müssen uns abgewöhnen und aufhören, die Kultur als enzyklopädisches Wissen zu verstehen, wobei der Mensch nur als ein Gefäß gesehen wird, das mit empirischen Daten angefüllt und vollgepfropft werden muss, mit nackten und zusammenhanglosen Fakten, die er dann in seinem Gehirn wie in den Abschnitten eines Wörterbuchs rubrizieren muss [...]. Wirkliche Kultur ist etwas völlig anderes. Kultur ist Disziplinierung des eigenen inneren Ichs, Inbesitznahme der eigenen Persönlichkeit und die Erlangung eines höheren Bewusstseins, mit dem man dazu kommt, den eigenen historischen Wert zu verstehen, die eigene Funktion im Leben, die eigenen Rechte und Pflichten.«

Antonio Gramsci

Grido del popolo vom 29. Januar 1916

Ich denke an Gramsci

Dr. Gregor Gysi, MdB
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Ist Kultur ein Thema für DIE LINKE? Zum Markenkern der Linken gehört sie nicht. Das mag man bedauern. Aber das liegt nicht nur an eigenen Defiziten. Das liegt vor allem daran, dass DIE LINKE einen Entstehungszusammenhang hatte, der bis heute fortwirkt. Das, was wir bis heute als links bezeichnen, ist zusammen mit den demokratischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts entstanden. Damals wurde deutlich, dass die Gleichheits- und Partizipationsversprechen des aufklärerischen und revolutionären Teils des Bürgertums im aufkommenden Kapitalismus nicht eingelöst werden konnten. DIE LINKE hat die Gleichheits- und Partizipationsversprechen als noch einzulösende Aufgabe verstanden – bis heute. Um es knapp zu sagen: Solange sich die soziale Frage stellt, wird es eine Linke geben. Kultur ist, wenn ich links so verstehe, ein zumindest scheinbar außerhalb der sozialen Frage liegendes Thema.

Aber zugleich fallen mir allerlei Dinge ein. Ich denke an Historisches wie die Proletkult-Bewegung in der vorstalinistischen Sowjetära, aber auch an den heutigen Jargon wie »kulturelle Linke«, ich denke an Gramsci ebenso wie an die proletarischen Arbeiterbildungsvereine, ich denke an Kulturpolitik und frage mich, was eine linke Kulturpolitik sein könnte, was dort also das Wort links bedeuten könnte. Kultur hatte offenbar immer einen hohen Stellenwert in der Linken. Selbstverständlich möchte ich auch in Rechnung stellen, dass wir locker mit Kulturbegriffen hantieren, obwohl wir wissen, dass diese Begriffe nicht so leicht zu fassen sind, bündige Definitionen hier wohl nichts taugen. Und ich frage mich natürlich, angesichts mancher Debattenstile, was »Kultur« in der Linken gelegentlich bedeuten mag.

Aber das ist bei weitem nicht alles. Es gibt noch weitere Fragen. Nur ein Beispiel: Wie steht DIE LINKE zur modernen Kultur? Das Spektrum könnte hier von ablehnend, über skeptisch, kritisch bis zu affirmativ reichen. Eine ablehnende, allenfalls skeptische, Haltung haben die Vertreter der Proletkult-Bewegung eingenommen. Sie waren der Überzeugung, dass die Arbeiterklasse sich eine eigene Kultur schaffen müsse, die sich von der bürgerlichen strikt unterscheiden sollte. Eine affirmative Haltung könnte man auch als Linker angesichts des Umstandes ausbilden, dass der Faschismus deutlich gemacht hat, was ein Bruch mit Kultur und Zivilisation Grauenhaftes bedeutet. Wohl nicht zuletzt deshalb verhalten sich die meisten Linken nicht kulturfeindlich, sondern allenfalls kritisch zur etablierten Kultur.

Damit kratze ich aber nur an der Oberfläche. Ich möchte das Problem an einem wichtigen Element der modernen Kultur erläutern: der universalistischen Moral. Ihr wohnt eine Dialektik inne, die die Schwierig-

keit des Verhältnisses der Linken zur Kultur verdeutlicht. Es gibt unterschiedliche Versuche, die moderne universalistische Moral auf den Begriff zu bringen. Es gibt die »Goldene Regel«, nach der man das, was man nicht von anderen zugefügt haben will, auch selbst unterlassen sollte. Dann gibt es den berühmten »Kategorischen Imperativ« Kants, und natürlich, näher an der Politik und am Recht, die sich stets entwickelnde Idee der Menschenrechte. Während die philosophische Analyse des moralischen Urteils eigentlich zu einer Formanalyse beiträgt, aber doch kaum etwas zu der Frage, was konkret moralisch geboten ist, so haben Menschenrechte schon ein inhaltliches Moment. Sie geben die Umriss eines schützenswerten Kerns des menschlichen Lebens an. Für Hegel war die Einsicht in den formalen Charakter der »Goldenen Regel« oder des »Kategorischen Imperativs« Grund genug, den überlieferten Normangeboten der moralischen, religiösen, aber auch staatlich-institutionellen Tradition, er spricht von Sittlichkeit, ein gewisses Recht einzuräumen. Er erkennt damit auch, dass die Moral einen sozialen Inhalt hat. Marx hat diese Einsicht übernommen und klassenpolitisch konkretisiert. Die herrschenden Ideen sind für ihn die Ideen der Herrschenden. Damit geht er in der Moralskepsis entschieden weiter als Hegel. Aber auch Marx vertritt keinen strikten Amoralismus. Seine Vorstellungen von der freien Entwicklung des Einzelnen verleugnen die Prägung durch die westlich-abendländische Tradition nicht. Der Unterschied zu vielen großen Denkern vor ihm besteht darin, dass er mit dem Ausdruck »Alle Menschen ...« auch wirklich alle Menschen meint und nicht etwa nur das männliche, weiße und besitzende Bürgertum des Westens. Um dieses spannungsgeladene Verhältnis zur Kultur zu überzeichnen: Die Bourgeoisie hat sich mit ihrer Kultur ein Instrument geschaffen, um die anderen, auch die unterdrückten Klassen geistig in die Gesellschaft integrieren zu können. Aber diese Kultur ist mehr als nur ein Instrument der Herrschaft. Sie ist auch das geistige Reservoir, aus dem sich auch die radikalste Gesellschaftskritik speist, ja speisen muss, denn eine völlig anders geardete Semantik hätte einen großen Nachteil: Sie wäre unverständlich.

Ich glaube, so wird auch klarer, dass die linke Kritik an der etablierten Kultur eine klare Richtung hat. Sie fragt nach: Warum nutzt ihr die Phrase »alle Menschen ...« und meint doch nur »vermögende, westliche und weiße Männer«? Kritik heißt hier, den Machtanspruch, der auf Vorenthalten von Rechten hinausläuft, kenntlich zu machen, indem man ihn der sprachlichen Verkleidung beraubt. Ein geläufiges Wort dafür ist »Ideologiekritik«. Damit wird auch der Unterschied zu einer schnell ins Reaktionäre kippenden Kulturkritik erkennbar. Ideologiekritik greift die kulturellen Errungenschaften der Moderne auf. Wir können zwischen Glauben und Wissen, zwischen Sollen und Sein, zwischen Macht und Vernunft unterscheiden, weil es kriteriale Unterschiede gibt. Ideologien erweisen sich beim genaueren Hinse-



Foto: Aris

hen gerade als trübe Vermischungen des Trennbaren. Wer sagt »Frauen sind von Natur aus auf Heim und Herd festgelegt« verwechselt Naturformen mit Formen der Arbeitsteilung. Zugrunde liegt dem aber häufig nicht Dummheit, Nachlässigkeit oder Unkenntnis, sondern eine gesellschaftliche Praxis, die die Legitimationsbedürftigkeit von geschlechtlichen Rollenbildern durch Verweis auf das Naturhafte verleugnet.

DIE LINKE ist aber nicht nur auf den kulturellen Fortschritt der Moderne angewiesen, sie muss auch ihre Sensibilität für die Gefahren, die der modernen Kultur durch eine außer Kontrolle geratene kapitalistische Produktionsweise erwachsen, wach halten. Außerdem muss sie darum kämpfen, dass der Besitz kultureller Güter nicht auf die besser Gestellten begrenzt bleibt.

Gerade diejenigen, die vielleicht am ehesten von einer ambitionierten Veränderung unserer Gesellschaft profitieren könnten, müssen eine Chance haben, ihre Lage zu erkennen und ihre Interessen so klar wie möglich zu artikulieren. Deshalb bedeutet aus einer linken Perspektive »Bildung für alle« keineswegs nur ein Recht aller auf Ausbildung. Deswegen darf sich linke Bildungspolitik nicht in, trotzdem dringend gebotenen, Strukturreformen etwa der Schulbildung erschöpfen. Es muss immer mitgedacht werden, wozu Bildung erworben werden soll. SPD und Grüne haben sich da klar festgelegt. Für sie ist gute Bildung lediglich die beste Voraussetzung für sozialen Aufstieg. Den wollen auch wir niemandem vorenthalten. Ganz im Gegenteil. Klassenprivilegien wollen wir nicht. Aber die Einengung auf sozialen Aufstieg zeigt deutlich, wozu es ihnen geht. Sie verstehen unter guter Bildung die Optimierung der persönlichen Verwertbarkeit im kapitalistischen Getriebe. Mehr ist aus ihrer Sicht auch nicht nötig.

Das treibende Motiv der Linken ist: Gleichheit aller und gleiche Partizipation aller. Und bei der Kultur

stellen sich ähnliche Partizipationsprobleme wie beim Zugang zum materiellen Reichtum.

Bei der Kultur, was immer wir im Einzelnen darunter fassen, handelt es sich um weitgehend immaterielle Güter. Gleichwohl bedürfen sie materieller Träger. Nehmen wir zum Beispiel das Buch: Ich kann es auf dem Markt erwerben, dann muss ich es mir leisten können. Und hier tritt das Regelungsproblem auf. Primär können sich nur zahlungsfähige Kundinnen und Kunden Bücher kaufen. Aber es gibt auch öffentliche Bibliotheken. Diese sind ein anderes Modell des Zugangs zum immateriellen Reichtum als der Buchladen. Natürlich kosten auch sie Geld, in dem Fall aber meistens Geld der öffentlichen Hand. Eine gute Bibliothek nimmt viel Raum ein, benötigt hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, muss Bücher neu anschaffen, den Zustand alter Bücher erhalten – es läuft also auf viel Geld hinaus. Ein Gemeinwesen, das unter Finanzierungsdruck gerät, verzichtet gern auf derartigen »Luxus«. Ebenso kann man das an öffentlicher Bildung demonstrieren. Die öffentliche Bildung ist ein anderes Modell als die privaten Bildungsanbieterinnen und -anbieter. Hier hat der neoliberale Staatsumbau zu einer Stärkung des privaten Sektors und damit weiteren Unterprivilegierung der Kinder aus einkommensschwächeren Familien gesorgt.

Um von den Beispielen wegzukommen und etwas zu verallgemeinern: In der Kulturpolitik, wenn wir sie links verstehen, geht es darum, andere Organisationsformen des Zugangs zu immateriellen Gütern zu verwirklichen und auszubauen, die jenseits der Grundlage unmittelbarer Anbieter-Käufer-Beziehung bestehen. Denn sie ermöglichen mehr soziale Gleichheit im Zugang zum kulturellen Leben.

Der letzte Zweck von Politik – auch von linker – muss ein Mehr an Kultur sein.

Wer baute das siebentorige Theben?

Oskar Lafontaine, MdL
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Landtag
Saarland

Bei oberflächlicher Betrachtung ist die Kultur doch eher eine Angelegenheit des konservativen Bürgertums, das in seiner Freizeit Theater und Museen zur eigenen Erbauung aufsucht. Ein Höhepunkt des deutschen Kulturbetriebs sind beispielsweise die Bayreuther Festspiele, bei denen sich Repräsentanten des Geldadels, wie die Fürstin von Thurn und Taxis, Fernsehgrößen, wie Thomas Gottschalk und die politische Prominenz von CDU, CSU und FDP, angeführt von Angela Merkel, regelmäßig blicken lassen. Anschließend beschäftigen sich die deutschen Medien, voran die BILD-Zeitung, mit der Frage, ob Angela Merkel bei solchen Anlässen zweimal dasselbe Kleid tragen darf.

So mancher Linke empfindet bei diesem eitlen Schaulaufen eine klammheimliche Freude, wenn er daran denkt, wem die konservative Schickeria ihre Aufwartung macht. Weil die Nazis dem hasserfüllten Antisemiten huldigten, geriet der Revolutionär Wagner in Vergessenheit. Dabei unterstützte Wagner die Revolution von 1848/1849 und erwartete vom Sieg der Revolution eine Wiedergeburt von Kunst und Gesellschaft. Die Kunst war für den Komponisten eine wirkliche Waffe zur Befreiung des Volkes. So versteht DIE LINKE sie auch noch heute. Wahrscheinlich gibt es in der Geschichte keine gesellschaftliche Umwälzung, die nicht ein kulturelles Vorspiel gehabt hätte. Ohne die kulturelle Bewegung der Aufklärung als geistigen Vorreiter ist zum Beispiel die Französische Revolution von 1789 undenkbar.

Im Frühjahr 1849 lernte Wagner in Dresden den russischen Anarchisten Bakunin kennen und pflegte mit ihm einen regen Gedankenaustausch. In dieser Zeit veröffentlichte Wagner einen Aufsatz, der, wenn er zur Eröffnung der Bayreuther Festspiele verlesen würde, bei der konservativen Schickeria helles Entsetzen hervorriefe. »Ich will zerstören die Herrschaft der einen über die anderen. Zerstören will ich die bestehende Ordnung der Dinge, welche die einige Menschheit in feindliche Völker, in Mächtige und Schwache ... in Reiche und Arme teilt, denn sie macht aus uns allen nur Unglückliche.« Lebte Wagner heute noch, dann würde er mit Sicherheit vom deutschen Verfassungsschutz beobachtet.

Ein ähnlicher Irrtum ist die im konservativen Bürgertum weitverbreitete Goethe-Verehrung. Konnte der aufrechte deutsche Mann mit dem Werther noch leiden und im ersten Teil des Fausts die eigene Zerrissenheit erleben – »zwei Seelen wohnen ach in meiner Brust« – so hätte das richtige Verstehen des zweiten Teils des Faust das Weltbild des deutschen Bürgertums zum Einsturz gebracht. Der zweite Teil ist nämlich ein geniales antikapitalistisches Stück,

das das Zerstörerische unserer heutigen Wirtschaftsordnung hellseherisch vorwegnimmt: »Krieg, Handel und Piraterie, drei einig sind sie, nicht zu trennen ... und auf Vernichtung läufte hinaus.« Die drei Gewaltigen Raufbold, Habebald und Haltefest kennen keine Gnade, wenn es darum geht, die letzte Insel des Menschlichen, die der kapitalistischen Landname entgegensteht, zu vernichten. Philemon und Baucis werden getötet und ihr Haus wird niedergebrannt.

Die beiden Beispiele zeigen: Das Aufklärerische, das Erhellende des künstlerischen Schaffens kann im Laufe der Zeit unsichtbar werden. Auch die Rezeption der Künstler und ihrer Werke unterliegt dem Zeitgeist, von dem Goethe wusste, dass er der Herren eigener Geist ist. Die der Aufklärung verpflichtete Linke muss im Rahmen ihrer Möglichkeiten heute darauf hinwirken, dass der aufklärerische Beitrag der Kunstwerke nicht ein Opfer der herrschenden Konsumkultur wird.

Darauf, dass von einer Privatisierung des Kulturbetriebs auch eine Verarmung der Kultur ausgehen könnte, hat der Schriftsteller Ingo Schulze hingewiesen. Er warnt vor einer Refeudalisierung des Kulturbetriebs. Die Tendenz zur Refeudalisierung des Kulturbetriebs geht für ihn einher mit einer allgemeinen Privatisierung und damit Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Diese Refeudalisierung sei bereits zur Selbstverständlichkeit verkommen. Wenn der demokratische Staat nicht genug Geld habe, dann müsse er entweder die Gesetze ändern, damit er wieder seiner Verantwortung gerecht werden kann, oder er stelle sich selbst in Frage.

Überhaupt versteht DIE LINKE unter Kultur nicht den herrschenden Kulturbetrieb. Sie fasst den Begriff der Kultur viel weiter. »Kultur ist etwas ganz anderes«, schreibt Antonio Gramsci, »sie ist Organisation, Disziplin des eigenen Ichs, Besitz der eigenen Persönlichkeit, Eroberung eines höheren Bewusstseins, mit dessen Hilfe es gelingt, den eigenen geschichtlichen Wert zu begreifen, die eigene Funktion im Leben, die eigenen Rechte und Pflichten.« Kultur ist Selbstverständnis. Denn: »Ohne vollendetes Selbstverständnis wird man nie andere wahrhaft verstehen lernen«, sagt Novalis.

Kultur ist für DIE LINKE die Art unseres Zusammenlebens und linke Kulturpolitik zielt darauf ab, die Art und Weise unseres Zusammenlebens zu verändern. Im Unterschied zu den konkurrierenden Parteien sieht sie in den Produktionsverhältnissen die entscheidende Bestimmungsgröße unserer Alltagskultur. DIE LINKE weiß, dass die Umstände ebenso sehr die Menschen wie die Menschen die Umstände machen. Je umfangreicher und komplexer die von Menschen geschaffene Welt ist, desto mehr muss sich ihr Leben den von ihnen selbst geschaffenen Strukturen anpassen.

Für den deutschen Sozialphilosophen und Psychoanalytiker Erich Fromm stand fest, dass unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Menschen seelisch krank macht. Er sah zwei grundsätzlich voneinander verschiedene Möglichkeiten des Zusammenlebens: Die des Habens und die des Seins. In der Existenzweise des Habens, in der Welt der Raufebolds, Habebalds und Haltefests will der Mensch alles und jeden zu seinem Besitz machen und darüber verfügen. In der Existenzweise des Seins, der Existenzweise von Philemon und Baucis geht es dem Menschen um eine lebendige Beziehung zur Welt. Er will sich auf andere Menschen einlassen, sich menschlich bereichern, neugierig und offen bleiben. Fromm geht es letztendlich um Liebe und Zuneigung, um ein produktives Tätigsein. Es geht darum, für jemanden zu sorgen, ihn zu kennen, auf ihn einzugehen, ihn zu bestätigen und sich an ihm zu erfreuen. Dieses sich Öffnen für die Umwelt ob Menschen, Natur, Bilder oder Ideen, ist ein Prozess, der die Menschen erneuert und sie wachsen lässt.

Die Kultur sollte, so sieht es DIE LINKE, nicht wirtschaftliches sondern menschliches Wachstum fördern. Eine humane Form des Zusammenlebens setzt eine andere Form des Produzierens voraus. Um die Richtung dieses kulturpolitischen Ansatzes kenntlich zu machen, hat DIE LINKE Brechts Fragen eines lesenden Arbeiters ihrem Grundsatzprogramm vorangestellt.

*Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?*

In unsere Zeit übersetzt könnte das heißen:

*Wer baute die großen Fabrikhallen?
In den Büchern stehen die Namen der Piechs, Quandts
oder Schaefflers.
Haben diese die Hallen gebaut und die Maschinen zum
Laufen gebracht?*

Eine andere Art des Produzierens, die freie Assoziation der freien Produzenten, führt zu einer anderen Kultur und Lebensweise. Selbst die frühen Hochkulturen wussten: Wenn die Zustände unerträglich wurden, wurden die Schulden erlassen, die Schuldknechtschaft wurde aufgehoben und das Land wurde neu verteilt. Linke Kulturpolitik wirkt darauf hin, Denkblockaden und Vorurteilsstrukturen aufzulösen, um die Art des Wirtschaftens so zu verändern, dass eine freie Gesellschaft möglich wird.

**LINKE
KULTUR**

Das »K« in DIE LINKE steht für Kultur

Katja Kipping, MdB
Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Dieser Satz stammt von Sewan Latchinian, dem Intendanten des Theaters in Senftenberg. Luc Jochimsen hat ihn unlängst zitiert.

Zum Thema »DIE LINKE und die Kultur« kann man nichts sagen, ohne von Luc Jochimsen zu sprechen. Sie hat auf besondere Weise Kultur in die Partei und in die Fraktion gebracht. Sie hat die Reihe »Kultur neu denken« ins Leben gerufen. Sie hat an authentischen Orten Vergangenheit und Gegenwart miteinander verbunden, sie hat »Kunst« im Panorama-Museum Bad Frankenhausen diskutiert, »Religionen« in Erfurt, »Demokratie« in Weimar, »Frieden« in Gotha, »Reformation« in Mühlhausen. Sie hat in dieser Reihe ebenso an die gesellschaftsverändernde Kundgebung vom 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz erinnert wie an den großen Politiker Salvador Allende oder an den bedeutenden, klugen Schriftsteller Stefan Heym.

Für all diese Veranstaltungen konnte Luc Jochimsen hochinteressante, überaus populäre Mitwirkende gewinnen: Theologen, Schriftsteller, Maler, Philosophen, Regisseure, Moderatoren, Journalisten. Die Aufzählung ist ganz gewiss nicht vollständig.

Inzwischen gibt es erfreulich viele und vielfältige Kontakte der LINKEN zu Künstlerinnen und Künstlern. Sie folgen unseren Einladungen zu Sommerfesten und Neujahrsempfängen. Sie treten beim »Fest der Linken« ebenso auf wie bei der Jahresauftaktveranstaltung. Auch die Landesverbände pflegen enge Beziehungen zu Kunstschaffenden. In der Regel zu solchen, die schon lange an unserer Seite sind und die Verhältnisse genauso kritisch sehen wie wir. Das ist schön, das bereichert uns, unsere Diskussionen, unsere Sicht auf die Dinge. Aber es reicht uns nicht.

Uns ist es wichtig, weit darüber hinaus mit Künstlerinnen und Künstlern ins Gespräch zu kommen. Die Künste in all ihrer Vielfalt und ihren Richtungen sind enorm wichtig, um unser Welt- und Gesellschaftsverständnis zu erweitern und zu bereichern.

Es sind keine ausgewählten Künstlerinnen und Künstler, die wir mit unserer Politik vertreten. Wenn wir zum Beispiel in unserem Parteiprogramm ganz klar für eine gute, existenzsichernde Arbeit im Kulturbereich eintreten, so geschieht das nicht für eine festgelegte Gruppe. Nein, wir wollen, dass alle Künstlerinnen und Künstler von ihrer Arbeit leben können und sozial abgesichert sind.

»In Wahrheit geht es darum, dass Deutschland eine Kulturnation ist. Wir sind stolz auf unsere kulturelle Vielfalt. Eine Kulturnation sollte sich in ihrer eigenen Verfassung dazu bekennen, dass sie es ist.« DIE LINKE macht sich lange schon für die Kultur als Staatsziel stark. Und trotzdem stammen diese drei Sätze nicht etwa von einer oder einem Abgeordneten unserer Bundestagsfraktion, sondern von niemand anderem als Guido Westerwelle. Unterstützt wurde er allein von der LINKEN. Eine große Mehrheit entschied sich im Bundestag dagegen. Selbstverständlich haben wir uns nicht allein auf die FDP verlassen, sondern unter dem Titel »Kultur gut stärken – Staatsziel Kultur im Grundgesetz verankern« selbst einen Antrag im Bundestag eingebracht. Über dessen Schicksal muss ich sicherlich nichts sagen.

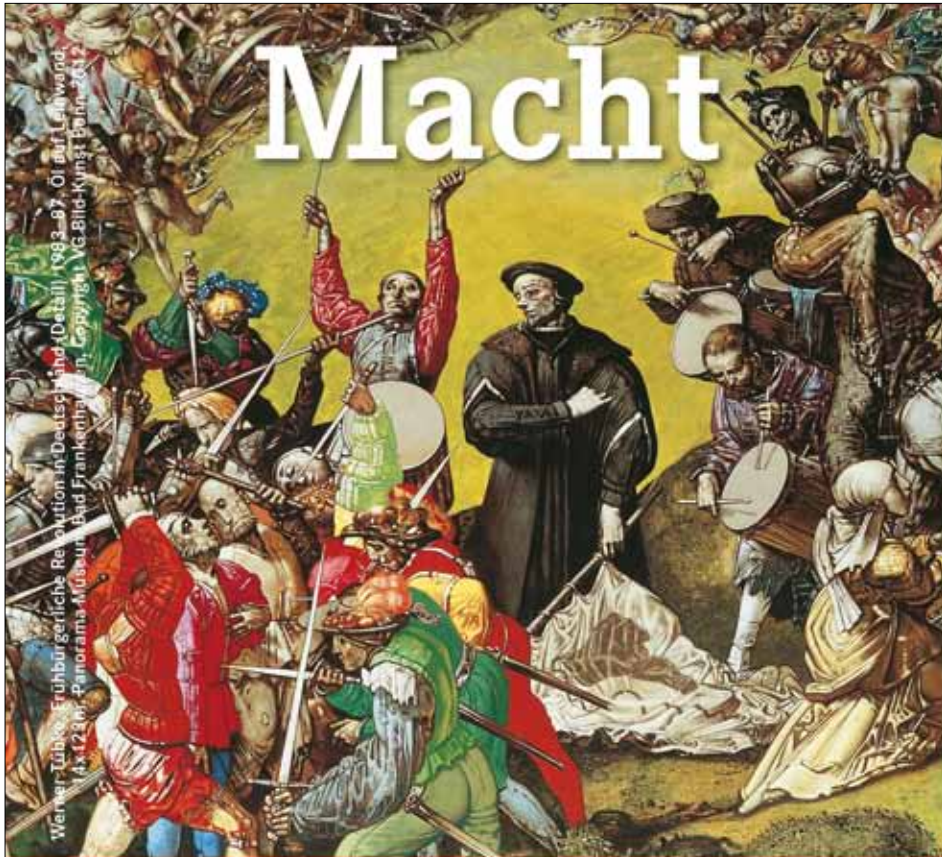
Dauerhafte Blockaden im Bundestag sind natürlich ärgerlich. Aber sie machen stark. Wir haben gelernt, für unsere Ziele kämpfen, Geduld und Ausdauer haben zu müssen. Wir lassen nicht ab davon.

Und so werden wir uns auch weiter für die Kultur stark machen. Für Künstlerinnen und Künstler. Sowohl für die, die uns nahestehen, als auch für die, die uns kritisch sehen. Die Künste sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie.

»Wie mischen Sie eigentlich Ihre Farben« wurde einmal ein berühmter Maler gefragt. »Mit dem Kopf«, antwortete er.

Auch DIE LINKE mischt die Farben. Nicht schwarz-weiß, sondern bunt soll es zugehen. Köpfchen ist gefragt. Das Herz aber auch.





Werner Tübke: Frühbürgerliche Revolution in Deutschland (Detail) 1993-97. Öl auf Leinwand, 4x123 cm, Panorama-Museum Bad Frankenhausen, Copyr. VG Bild-Kunst Berlin 2012

Macht

- Reinhold Andert
- Elfriede Begrich
- Gregor Böckermann
- Josef Freitag
- Peter Gauweiler
- Hans-Jürgen Goertz
- Michael Grisko
- Reinhard Höppner
- Walter Homolka
- Luc Jochimsen
- Margot Käßmann
- Birgit Klaubert
- Oskar Lafontaine
- Thomas T. Müller
- Bodo Ramelow
- Matthias Schmidt
- Thomas Völker
- Günter Vogler

Freiheit Reformation

Thomas Müntzers Utopie
vom Land der Freien und Gleichen

12. Mai 2012, Kino im 3K, Kilianikirche, 18-21 Uhr
Doku-Drama »Der Satan von Allstedt« und Diskussion

13. Mai 2012, Kornmarktkirche, 10-16 Uhr
Konferenz und Podiumsdiskussion

in Mühlhausen

**Kultur
neu denken**

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation
mit der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
und der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Wir wollen Brot und Rosen! Kultur für alle – von Anfang an

Dr. Lukrezia Jochimsen, MdB
Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Wir kommen auf diese Welt – lebensunfähig, wenn wir keine Nahrung bekommen. Diese Nahrung müssen uns die Eltern geben und die Gemeinschaft/Gesellschaft, in die wir hineingeboren worden sind: Essen und Trinken, sonst verhungern und verdursten wir, aber auch andere Nahrung: für unser Gehirn, für die fünf Sinne, für das Bewusstsein, früher auch Seele genannt. Also: Wörter, Bilder, Töne, Bewegungsanreize, Stimulation zum aufrechten Gang. Vielfache Nahrung.

Als »Nourishment«, hat Shakespeare sie bezeichnet und auch beim Namen genannt: »Culture is nourishment« – Lebensmittel Kultur.

Das brauchen Kinder von Anfang an. Wer es ihnen verweigert, lässt sie hungrig und durstig aufwachsen, verkümmern, verwahrlosen. Eine Menschenrechtsverletzung!

Deshalb muss die Forderung lauten: Kultur für alle – von Anfang an.

Was ist unsere Realität in diesem reichen Land?

Zunächst drei Zahlen, damit wir wissen, worum es geht:

Kulturförderung – das heißt 2009 1,64 Prozent des Gesamtetats der öffentlichen Haushalte, laut dem Kulturfinanzbericht 2012 des Statistischen Bundesamtes stellte die öffentliche Hand, also Bund, Länder und Gemeinden 2009 rund 9,1 Milliarden Euro für Kultur zur Verfügung. Das sind 0,38 Prozent am Bruttoinlandsprodukt.

Ich drehe jetzt mal den Spieß um und sage: Wir brauchen mehr! Wir nehmen weniger nicht mehr hin!

Forderung nach antizyklischer Politik: Ländliche Regionen attraktiver machen – die weniger werdenden stützen und schützen! Patriotismus – nennt das der Berliner Kultur-Staatssekretär André Schmitz im »Spiegel« und schreibt am 19.03.2012 in seinem Artikel »Schlechte Patrioten«: »Kulturpolitischer Kannibalismus ist auf jeden Fall der falsche Weg. Kunst bleibt ein krisenfester Resonanzraum für die Probleme unserer Zeit. Deshalb ist ein Mehr für die Kultur gerade in Krisenzeiten ein gesellschaftlich nützliches Konjunkturpaket.«

1,64 Prozent des Gesamtetats plus 0,38 Prozent am Bruttoinlandsprodukt – mit diesen Beträgen lässt sich kein Haushalt retten, aber mit diesen Beträgen wird unendlich viel für die Gesellschaft geleistet!

Was wir brauchen ist eine umfassende Diskussion über eine neue Steuerpolitik und ein neuer Dialog zwischen Politik, Kreativen und den Bürgerinnen und Bürgern, die Kultur brauchen und wollen und lieben.

Wie solch ein Dialog stattfinden könnte, dafür gibt es ein aufschlussreiches Beispiel: Jena.

Hier wurde ein Jahr lang eine Kulturkonzeption erarbeitet – immer in enger Zusammenarbeit von Politik, Bürgern und Kulturschaffenden. Genau ausgerichtete Arbeitsgruppen haben in den unterschiedlichen Bereichen, wie zum Beispiel Musik und Tanz, Jugend und Szene oder Migrantenkulturen und Kultur für Migranten, Bedürfnisse festgestellt; geschaut, was ist bereits vorhanden und funktioniert das Bestehende? Es wurden Lösungsvorschläge formuliert, die den Veränderungen in den Anforderungen an Kulturförderung und Gestaltung Rechnung tragen und auch an die gegebenen finanziellen Möglichkeiten des Haushaltes angepasst sind. Das Ergebnis ist ein beachtlicher Kompromiss mit teilweise ganz neuen Ansätzen: so wurden Kulturpartnerschaften mit Institutionen, Vereinen und der Wirtschaft ins Leben gerufen; eine spartenübergreifende Netzwerkarbeit geschaffen; ein zentrales Beratungs- und Informationszentrum gegründet, welches umfassende Informationen und Hilfsangebote zu Förderprogrammen auf kommunaler, regionaler, bundes- und europaweiter Ebene, wie auch bei Raumsuche und Vermittlung geben kann. Fragen der Erreichbarkeit, d. h. des öffentlichen Nahverkehrs wurden genauso bedacht, wie die Möglichkeit, Gebäude zeitversetzt unterschiedlichen Nutzungen zugänglich zu machen. Auch wurde ermöglicht, Projekte über mehrere Jahre zu finanzieren, um so Planungssicherheit zu geben und die »Hängepartien« zu beenden, von Jahr zu Jahr, von Haushaltsberatung zu Haushaltsberatung in Unsicherheit arbeiten zu müssen.



Genau diesen Mut, mit den bestehenden Veränderungen und Problemen kreativ umzugehen und neue, für alle zufriedenstellende Lösungen zu schaffen, brauchen wir.

Ein Beispiel aus Italien aus dem Jahr 2012: Michelangelo für alle! Die Städte Florenz, Padua, Verona, Triest, Vicenza haben sich zusammengesetzt, um ein berühmtes Bild und eine sensationelle Skulptur von Michelangelo in ihren Städten zu zeigen. 10 Millionen Euro Versicherungssumme mussten sie gemeinsam aufbringen in Zeiten, in denen ein Spar-Tsunami übers Land fegte – und dies ist nun ihr Programm. In Padua war die »Madonna mit Kind« im Frühjahr 2012 zu sehen. Und zwar nicht etwa in Paduas weltberühmten Museum mit den Wandmalereien Giotto's, sondern unweit davon im

Museum für Angewandte Kunst mit seinen bedeutenden Archiven und Bibliothekssammlungen. Den Ort hat der Kulturdezernent bewusst gewählt.

Seine Idee: Jede Stadt hat ein bedeutendes Museum, das leider nicht von großen Publikumsströmen besucht wird. Es steht in der Statistik gewissermaßen an letzter Stelle. In Padua ist dies das Museum für Angewandte Kunst. Was also angesichts der Finanzkrise tun? Das Museum schließen? Im Gegenteil: stattdessen einen Michelangelo bei freiem Eintritt in der Eingangshalle ausstellen. Und was ist schon in der ersten Woche passiert? Wie ein Lauffeuer hat sich die kulturelle Sensation in der Stadt herumgesprochen: Ein Michelangelo-Bild, kostenlos anzuschauen von 10 Uhr morgens bis 19 Uhr abends. Die Besucherzahlen des Museums sind explodiert. Touristen und Einheimische drängen zu dem berühmten Bild. Natürlich gehen nicht alle Michelangelo-Bewunderer auch durch das übrige Museum. Aber immerhin ein Drittel. Und zwei Drittel haben das Museum auf diese Weise kennengelernt, sie wissen, dass es dieses gibt und wo in der Stadt und was es bietet.

In Zeiten der Not müssen wir uns für unsere Kultur antizyklisch einsetzen. Nicht nur auf die großen Attraktionen setzen, sondern mit besonderen Attraktionen gerade auf die Kostbarkeiten in ihrem Schatten aufmerksam machen. Zum Beispiel mit dem Projekt: »Ein Michelangelo in Padua«. Soweit der Kulturdezernent. Die Stadt plakatierte überall und die Leute waren begeistert.

Dieselbe Geschichte passierte zur gleichen Zeit in Triest, im Museum Sartorio – dort war die kaum bekannte Holzfigur »Christus am Kreuz« von Michelangelo zu bestaunen – ebenfalls bei freiem Eintritt von morgens 10 Uhr bis 19 Uhr abends.

Das Thema Kulturförderung hält uns den Spiegel vor, wer wir sind und was wir sein wollen, Kulturnation oder Wirtschaftsmacht – oder Kulturnation und Wirtschaftsmacht – und vor allem eine gerechte Gesellschaft, die nicht Teilen der nächsten Generation vorenthält, was ihre Vorfahren geschaffen haben: Theater, Museen, öffentliche Plätze, Büchereien und was sie dringend braucht: Worte, Musik, Geschichten, Bücher, Bilder, Tanz und Spiel...

Kurz: Was nur Künstler und Kreative schaffen können. Stellen wir uns als Linke auf ihre Seite!

Es geht um nichts geringeres, als um eine Enteignung unserer europäischen Kultur – eine Selbstenteignung sozusagen.

Am 1. April 2012 enthielt die »Süddeutsche Zeitung« in ihrer Beilage der »New York Times« einen großen Artikel von Larry Rohter: »CULTURE CUTS TOUCH THE CORE IN EUROPE«. Die Kernaussage ist, dass wir in Europa davor stehen amerikanische Verhältnisse zu bekommen, die Kultur nicht als einen Grundwert ansieht, sondern als Freizeitunterhaltung und diese ganz und gar dem Markt überlässt. Der Artikel ist nicht missionierend, aber beschreibt kalt und sachlich, dass sich die bisherige Kultur Europas verändert und

dass diese Veränderung auch beeinflusst, wie Kunst entsteht und wie sie zu den Menschen kommt.

Wir müssen sowieso eine Diskussion über die öffentlichen Güter anstoßen und führen in unserem Land – die Commons – öffentliche Plätze, Gemeineigentum in all seinen Ausformungen und die Kultur gehören dazu. Überall stellen wir fest, dass der Bevölkerung diese Gemeingüter weggenommen werden, vorenthalten werden, zerstört werden, kommerzialisiert werden. Dagegen müssen wir politisch angehen. Wir wollen uns nicht enteignen lassen, wir sollten uns nicht selbst enteignen – wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse!

Übrigens »amerikanische Verhältnisse«:

»Wir wollen Brot und Rosen!« – sagten die Arbeiterinnen von Massachusetts vor 93 Jahren.

Das waren dieselben Arbeiterinnen, die den »Frauentag« ausriefen.

Arbeit allein sichert kein gutes Leben – genauso existenziell ist das Bedürfnis der Menschen nach Schönheit, Liebe und Kunst.

Deshalb fordern wir das Staatsziel Kultur.

Im Grundgesetz soll festgelegt sein: Der Staat schützt und fördert die Kultur.

Kunst braucht Brot. Wer ein reiches Kunst- und Kulturschaffen will, muss gute, existenzsichernde Arbeit im Kulturbereich ermöglichen. Künstlerinnen und Künstler, alle Kreativen müssen von ihrer Arbeit leben können – deshalb engagieren wir uns für eine Reform der sozialen Sicherungssysteme und Honoraruntergrenzen.

Kultur ist Vielfalt, das heißt: unterschiedliche Sichtweisen, Gedanken, Visionen, Positionen kommen zusammen. Ihre Widersprüche stoßen Prozesse an, deren Wirkung weit über den Kulturbereich hinausgehen. Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Deshalb ist es unser Ziel, dass jeder Mensch auf seine Weise an Kultur und Bildung teilhaben kann.

Kultur hat Kraft. Weltweit hat die Kunst große emanzipatorische Wirkung. Deswegen werden Künstlerinnen und Künstler verfolgt, unterdrückt, zum Schweigen gebracht.

Deshalb erklären wir uns mit all jenen solidarisch, die mit ihrem Leben und Denken für eine freie und gerechte Gesellschaft eintreten.

Kultur ist Erinnerung. Menschen haben unterschiedliche kulturelle Traditionen und Geschichten. Erst die Rückbesinnung auf das kulturelle Erbe lässt ein gemeinsames Kulturverständnis entstehen. Denn in jeder Kultur mischt sich Vertrautes mit Neuem, Eigenes mit Fremden. Kultur verbindet. Tradition und Moderne. Deshalb liegt in der Kultur die Basis für Verständigung und Toleranz.

Das heute herrschende Motto heißt: Brot und Spiele. Wir aber wollen Brot und Rosen!

Bildung ist ein Menschenrecht

Kulturelle Bildung für alle – Ein Leben lang

Dr. Rosemarie Hein, MdB
Sprecherin für allgemeine Bildung der Fraktion
DIE LINKE

Kulturelle Bildung ist ein wesentlicher Baustein für Teilhabe an und Umgang mit Kultur. Bildung ist aus linker Sicht ein Menschenrecht. Sie trägt dazu bei, dass Menschen ihr Leben selbstbewusst, selbstbestimmt und selbstständig gestalten und gesellschaftliche Zustände kritisch bewerten und verändern können. Jeder und Jedem muss der Zugang zu Bildung chancengleich ermöglicht werden – und zwar ein Leben lang. Dies ist für uns eine grundlegende Voraussetzung für erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe, für ein erfülltes Leben und soziale Gerechtigkeit – unabhängig vom Alter, Geschlecht, körperlicher und/oder geistiger Beeinträchtigung und sozialer oder ethnischer Herkunft. Das heißt für uns auch, dass jedem Menschen Angebote kultureller Bildung von frühester Kindheit an und bis ins hohe Alter zugänglich sein müssen. Gute Bildung muss in all seinen Bereichen inklusiv sein. Das heißt, alle sind von vornherein einbezogen, keiner wird ausgegrenzt oder weggeschickt. Für den Schulbereich beispielsweise brauchen wir entgegen der derzeitigen Aussortierungspraxis ein inklusives Schulsystem, das darauf ausgerichtet ist, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihren sozialen und persönlichen Voraussetzungen den bestmöglichen Lernerfolg zu ermöglichen.

Wozu kulturelle Bildung? Kulturelle Bildung ist in erster Linie Teil der Allgemeinbildung. Jeder Mensch verfügt über individuelle Fähigkeiten und Talente. Jeder Mensch soll sich mit seinen individuellen Möglichkeiten einbringen können. Das bereichert die eigene Persönlichkeit und das gesellschaftliche Zusammenleben. Deshalb bedarf es verschiedener Möglichkeiten, sich selbst auszuprobieren, sich zu entdecken und zu entfalten und weiterentwickeln zu können. Kulturelle Bildung ist für die Herausbildung der eigenen Persönlichkeit und Freisetzung von Kreativität von zentraler Bedeutung.

Moderne Gesellschaften setzen sich heute aus den vielfältigsten Menschengruppen aus aller Welt und unterschiedlicher Kulturkreise zusammen. Um diese Vielfalt nutzbar zu machen, bietet die kulturelle Bildung zahlreiche Möglichkeiten, interkulturelle Kompetenzen herauszubilden. Unsere Gesellschaft braucht die Kreativität all ihrer Mitglieder. Die Vielfalt unterschiedlicher Interessen und Erfahrungen, Neigungen und Interessen sind dafür Gewinn bringend.

Für gute kulturelle Bildung braucht es Zeit, die notwendige personelle und sächliche Ausstattung und auch die dafür geeigneten Räume – eine kulturelle Infrastruktur eben, die für die kulturelle Bildung der Bevölkerung in allen Generationen und sozialen Schichten die Grundlage bietet.

Vollmundig wird von den politisch Verantwortlichen verkündet, dass kulturelle Bildung eine gesamtgesellschaft-

liche Aufgabe sei und folglich mehr investiert werden müsse. Man möchte meinen, dass dann auch bei diesem löblichen in Worten gegossenen Engagement ein breites, vielseitiges Angebot kultureller Bildung – ob für jung oder alt – vorzufinden sein müsse.



Unterziehen wir die kulturelle Bildung in Deutschland einem Realitätscheck, ergibt sich jedoch ein anderes Bild: Schließungen von Jugendclubs und Schulen, besonders in ländlichen Räumen, Rote Listen bedrohter Kultureinrichtungen, Kürzungen kultureller Angebote aus Sparzwängen – wie auch soll sich das finanzieren, wenn Kultur häufig unter Haushaltsvorbehalt steht? Manche sehen in dem Begriff »gesamtgesellschaftlich« nur einen Weg, öffentliche Aufgaben ins Ehrenamt und die private Finanzierung abschieben zu können. So versucht man die chronische Unterfinanzierung der kulturellen Infrastruktur zu kaschieren. Die klammen Kassen der Kommunen sind leer, die Unterstützung vom Bund ist unbefriedigend und die von den Ländern schrumpft zusehends. Die »Schuldenbremse« wirkt als erstes dort, wo die Kommunen eigentlich ihre Handlungsspielräume haben.

Der scheinbare Lösungsansatz der Bundesregierung zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe über das Bürokratiemonster »Bildungs- und Teilhabepaket« hilft da wenig. Welches Kind oder welcher Jugendlicher einkommensschwacher Eltern kommt damit wirklich in den Genuss von Bildung und Kultur? Es ist nur eine Minderheit der Anspruchsberechtigten. Dieses »Päckchen« ist ein Meisterwerk von Flickschusterei und löst die schwerwiegenden Probleme bei der Bildung und kulturellen Teilhabe in keiner Weise. Statt das chronisch unterfinanzierte Bildungssystem und die Kommunen durch eine bessere finanzielle Ausstattung dauerhaft zu kurieren, verteilt die Regierung lediglich Heftpflaster. Auch das von der Bundesregierung so hoch gelobte und gefeierte Programm »Kultur macht stark« löst das Problem von nicht vorhandenen Strukturen nicht. Innerhalb von fünf Jahren sollen bis zu 230 Millionen an ausgewählte Bundesverbände vergeben werden. Sicher können die großen beteiligten Verbände damit Nützliches finanzieren, aber die niedrigschwelligsten Angebote vor Ort und die zahlreichen lokale

Akteure, die keine Anbindung an einen solchen Verband haben, bleiben auf der Strecke. Die Verantwortlichkeit des Bundesbildungsministeriums wurde an die Verbände abgegeben, das Bundesbildungsministerium lehnt sich zurück. Doch über solche Programme werden weder nachhaltige Strukturen geschaffen noch die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen bei kultureller Bildung strukturell abgebaut. Die kulturelle Infrastruktur vor Ort geht weiter den Bach runter, wenn sie nicht durch privates Sponsoring und unermüdetes Ehrenamt irgendwie am Leben gehalten wird. Doch kann das der Weg sein? Wir meinen: Nein.

Symptomatisch für den tatsächlichen Stellenwert von kultureller Bildung ist die Diskussion im Schulbereich um die Streichung musisch-ästhetischer Fächer – etwa zugunsten eines Faches ökonomische Bildung. Es ist nicht zielführend, wichtige Bestandteile von Allgemeinbildung aus vordergründigen oder vermeintlichen Vermarktungseffekten gegeneinander auszuspielen. Mittlerweile ist es auch nicht mehr unüblich, dass z.B. Kunst oder Musik durch fachfremdes Lehrpersonal unterrichtet werden.

Aus unserer linken Sicht sieht ein nachhaltiger, ganzheitlicher und auf Chancengleichheit ausgerichteter Lösungsansatz anders aus:

- Um kulturelle Bildung für alle zu sichern, muss der Bund gemeinsam mit den Ländern und Kommunen die Einrichtungen und Orte kultureller Bildung stärken.
- Kulturelle Bildung ist eine ressortübergreifende Aufgabe, demzufolge muss sie in Kultur-, Bildungs- und Jugendpolitik verankert werden.
- Bildung ist Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss auch öffentlich finanziert werden. Sie darf sich nicht an der reinen Verwertbarkeit für den Arbeitsmarkt messen.
- Bund und Länder müssen dabei kooperieren können. Dem steht aber derzeit das Kooperationsverbot im Bildungsbereich im Wege. Darum fordert DIE LINKE, das Kooperationsverbot für das gesamte Bildungssystem aufzuheben und eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung sowie Kultur im Grundgesetz zu verankern.
- Zudem darf Kultur nicht weiter unter Haushaltsvorbehalte gestellt werden, sie ist für uns eine pflichtige Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung und darf nicht beliebig zur Disposition gestellt werden. Um das zu unterstützen, wollen wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern.
- Um Nachhaltigkeit im Bereich kultureller Bildung zu garantieren, müssen wir, statt ein Programm mit beschränkter Laufzeit nach dem anderen aufzulegen, vielmehr in die kulturelle Infrastruktur investieren. Das würde auch mehr Planungssicherheit für die Länder und Kommunen, aber auch Akteure kultureller Bildung – Künstlerinnen und Künstler, Vereine, Verbände – bringen.
- Kulturelle Bildung fängt bereits im frühkindlichen Alter an. Das setzt voraus, allen Kindern von Anfang ganz-tätig das gemeinsame Leben und Lernen mit anderen Kindern in Kitas zu ermöglichen.
- Wesentlicher Ausgangspunkt ist die Schule, denn dort wird jedes Kind und jede/r Jugendliche erreicht. Zentraler Gedanke linker Bildungspolitik ist eine gute Schule für alle Kinder und Jugendlichen. Im Gegensatz zum bestehenden mehrgliedrigen Schulsystem, das Schülerinnen und Schüler (aus-)sortiert und auf unterschiedliche Schulformen verweist, plädiert DIE LINKE für das Modell des längeren gemeinsamen Lernens. Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztags-schule. Ganztags-schulen können ein breites Angebot an kultureller Bildung aber nur vorhalten, wenn es im Umfeld der Schulen genügend kulturelle Einrichtungen gibt, die auch kooperieren können.
- Musikschulen, Jugendkunstschulen, Bibliotheken müssen als Netz kultureller Infrastruktur erhalten bleiben. Gerade Musikschulen müssen so ausgestattet werden, dass sie die oft langen Wartelisten abbauen können und für alle zugänglich bleiben.
- Der Staat muss die volle Teilhabe an Bildung und Kultur für alle sicherstellen. Mit einer einfachen Nachjustierung bei den Hartz-VI-Regelsätzen oder beim Bildungs- und Teilhabepaket wird diese Teilhabe nicht hergestellt. Wir brauchen ein gänzlich anderes, einfacheres und gerechteres Verfahren, das wirklich jedem Kind Teilhabe ermöglicht. Eine Finanzierung über Umwege und mit viel Papieraufwand ist der falsche Weg. Das Geld muss auf direktem Weg dorthin fließen, wo es gebraucht wird, in die Länder und Kommunen, zu den Kitas und Schulen.
- Es müssen verstärkt Ansätze und Modelle neuer Kooperationen von Schule und Partnern der (jugend-)kulturellen Bildung in den jeweiligen Sozialräumen sowie Jugendhilfeeinrichtungen entwickelt und unterstützt werden.
- Kulturelle Bildung endet nicht mit dem Austritt aus der Schule, sondern ist ein Prozess lebenslangen Lernens. Häufig wird nur von beruflicher Weiterbildung und zu wenig von allgemeiner, also auch kultureller, Weiterbildung gesprochen. Letzteres ist für den ganzheitlichen Bildungsansatz aber von immenser Bedeutung. Weiterbildungseinrichtungen wie den Volkshochschulen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie müssen verlässlich finanziert werden.
- Die Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« hat einen umfassenden Bericht zur Kultur vorgelegt. Dieser umfasst u.a. vielfältige Handlungsempfehlungen für den Bereich kulturelle Bildung.

Die Feststellungen der Enquete-Kommission haben an Aktualität nichts verloren. Ihre Handlungsempfehlungen müssen vollends umgesetzt werden. Die bisherigen Aktivitäten der Bundesregierung reichen nicht aus.

Medien als Spiegel der Gesellschaft

Grundlinien linker Medienpolitik

Kathrin Senger-Schäfer, MdB
*Medien- und filmpolitische Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE*

Der wesentliche Widerspruch linker Medienpolitik besteht darin, dass es eine Kluft zwischen der hohen gesellschaftlichen Bedeutung der Medien und einer wirklich tiefgründigen Beschäftigung mit ihnen gibt. Und die Kluft, so scheint es, wird immer größer. Medien als Träger audiovisueller Informationsübermittlung, hauptsächlich in Gestalt der Presse, des Rundfunks (Radio und Fernsehen) und des Internet (online-Medien), sind viel zu selten Gegenstand der Gesellschaftsanalyse mit praktischen Folgen für linke Politik. Die zukunftsweisende Digitalisierung, die immer stärker unser Leben bestimmt, hat in gewissem Sinne zu einer sensibilisierten Wahrnehmung des Mediensektors geführt. Allerdings bleibt in den Diskussionen davon meist nur die Feststellung einer Aufspaltung in traditionelle und neue Medien übrig. Sie beginnt sich zwar inzwischen aufgrund der umfassenden Ausbreitung des Netzes als informationeller Infrastruktur mehr und mehr aufzulösen, ist jedoch nichtsdesto-

tischen Auseinandersetzung wird aber nichts begriffen, was nicht wenigstens einen Nachrichtenwert hat. Widersprüchlich ist dann noch, dass die meisten Politiker, auch unsere, für sich in Anspruch nehmen, die Medien zu beherrschen, wenn sie nur oft genug in die Kameras gesprochen und in die Tastaturen diktiert haben.

Medienpolitik, ernsthaft betrieben, muss zwei Aufgaben bewältigen: Einerseits geht es um die Aneignung profunder Kenntnisse über die politische Reichweite der von Medien transportierten Wissensbestände, Informationen und Meinungen. Andererseits müssen die speziellen Gesetzesvorlagen und legislativen Prozesse, die Medien zum administrativen Thema haben, behandelt und bewertet werden: Rundfunkänderungsstaatsverträge, Jugendmedienschutz, Regelungen zum Urheberrecht, kartellrechtliche Bestimmungen usw. Dieser zweite Bereich ist wichtig, denn je besser man darüber Bescheid weiß, umso nachhaltiger kann man allen Bürgerinnen und Bürgern die Fallstricke erklären, die sich hinter dem Amtsdeutsch verbergen und gegebenenfalls Hinweise geben, wie Mündigkeit im Umgang mit den Rahmenbedingungen



trotz weiterhin prägend für eine größtenteils separierte Wahrnehmung der Medien. Und generell kommt in beiden Bereichen die Kritik der Medieninhalte zu kurz. Politische Aussagen über Medien pendeln oft zwischen den Extremen multimedialer Netzeuphorie und kulturkonservativer Verdammung. Dabei waren, sind und bleiben die Medien Spiegel der bestehenden Gesellschaft. Sie sind Zeugnisse dessen, was sich in der Realität abspielt, und müssen, um verstanden zu werden, reale Verhältnisse ausdrücken und verdichten. Medien sind, kurz gesagt, elektronische Übertragungsorgane sozialer Erkenntnis und des Wissens oder auch des Nichtwissens über die Gesellschaft.

Politik funktioniert heute mehr denn je nur über Medien. Was nicht in den Medien vorkommt, mag zwar trotzdem stattgefunden haben – als Ereignis einer poli-

der Medien wiederhergestellt werden kann. Dieser spezielle administrative Teil der Medienpolitik zielt jedoch leider weniger auf die kritische Anleitung zur Mündigkeit im Hinblick auf die Programmstruktur, die Themensetzung und die Medienprodukte selbst. Sicherlich ist es nur begrenzt möglich, aus dem politischen Tagesgeschäft heraus eine umfassende Medienkritik zu formulieren, die stichhaltig und griffig genug ist, um dem beschleunigten Reaktionsanspruch des politischen Arbeitsalltags zu entsprechen. Immerhin bräuchte man für die vollständige Analyse einer einzigen Fernsehsendung mindestens die Zeit, die zu deren Herstellung von der Konzeption bis zur Post-Produktion benötigt wird. Ein hoffnungsloses Unterfangen! Und trotzdem: Wir müssen parallel zur politischen Intervention gegenüber der Mediengesetzgebung systematischer in der Lage sein, Inhalte, Ten-

denzen und Kampagnen der Medien als Bestandteile der kapitalistischen Herrschaftssicherung sichtbar zu machen. Wer nicht entschlüsseln kann, warum die Medien so aussehen, wie sie gegenwärtig aussehen, der wird weder Politik gestalten, noch sie langfristig verbessern können.

Nun beklagen wir in der LINKEN ja häufig die Marginalisierung unserer Themen und unserer Persönlichkeiten durch die Medien. Jeden Monat erscheinen Statistiken, wie ungerecht die Medienpräsenz verteilt ist. Die Marginalisierung als solche sollte uns allerdings nicht wundern. Seit wann sind die Mainstream-Medien dazu berufen, die politischen Ideen und Vorschläge gutzuheißen und zu propagieren, durch die auch sie selbst fundamental in Frage gestellt werden? Die Klage über die fehlende Repräsentanz der LINKEN in den Medien im Verhältnis zu den eigenen Wahlergebnissen bzw. zu den anderen in den Parlamenten vertretenen Parteien führt deshalb nicht weit. Vielmehr muss konstatiert werden, dass es uns bei der Setzung von Zukunftsthemen in letzter Zeit zu wenig gelungen ist, die Stimmungen in der Bevölkerung zu berücksichtigen. Die Hauptthemen der LINKEN – soziale Gerechtigkeit, Umverteilung des Wohlstands von oben nach unten, friedliche Außenpolitik und kollektive Sicherheit sowie das Aufzeigen von Alternativen in der Lebensführung wie der Gesamtgesellschaft – sind ja keine »Null-Acht-Fünfzehn«-Themen, die konjunkturellen Schwankungen unterworfen und daher unter derzeitigen Bedingungen alsbald »außer Mode« wären. Um sie aber in das mediale Gesamtinteresse zurückzuholen, ist es erforderlich, sie mit weiteren in der Diskussion stehenden Problemfeldern zu verbinden (Bildung, Gesundheit, Kultur, Umwelt). Deutlich werden müsste zum Beispiel, dass soziale Teilhabe am öffentlichen Leben nicht nur ein angemessenes finanzielles Einkommen voraussetzt, sondern eben auch uneingeschränkter Zugangsmöglichkeiten zu Wissen und Information bedarf, damit die Bürgerinnen und Bürger auf demokratischem Wege entscheiden können, in welche gesellschaftlichen Prozesse sie sich einbringen möchten. Zu diesem Zweck dürften sie nicht weiter vor die erzwungene Wahl gestellt werden, zwischen Selbsterhaltung und Gemeinwohl eine (oftmals bereits vorgeprägte) Entscheidung treffen zu müssen.

Das Programm unserer Partei enthält eine Reihe von maßgeblichen medienpolitischen Grundlinien. Medienmacht und Medienmanipulation sind unter den Bedingungen der kapitalistischen Verwertung immer eine Gefahr für die Demokratie. Dagegen gilt es, konstruktiv und pluralistisch vorzugehen, undifferenzierte Medienschelke zu unterlassen und für die gesellschaftliche Kontrolle aller Medien einzutreten. Demokratische Informationsaneignung und Selbstbestimmung, die Stärkung von Gegenöffentlichkeit und eine umfassende Medienbildung in sämtlichen Medienformen sind natürlich wichtige Kernanliegen. Gleichzeitig sollten aber die Kräfteverhältnisse in den Medien richtig eingeschätzt werden, vorhandene linke Medien nicht nur Selbstverständigungen wieder-

geben und die Digitalisierung als große Chance zur Erweiterung des demokratischen Spielraums für linke Projekte betrachtet werden.

Es kommt in der Zukunft darauf an, ob es gelingt, ein nachhaltiges und fachpolitisch stringentes Konzept zu entwerfen, das im digitalen Zeitalter eine wirkungsvolle Zusammenführung von demokratischer Medienerziehung, substantieller Medienkritik und selbstbestimmter Mediengestaltung erreicht. Am Beispiel der Reformierbarkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kann diese Tendenz veranschaulicht werden. Hier stehen, neben einer Änderung der Finanzierungsmodalitäten, die inneren Strukturen, die Gremien und das Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Fokus. Für DIE LINKE zählt dazu:

- die Verpflichtung zu freiem Zugang, indem vollumfänglich beitragsfinanzierte Inhalte netzöffentlich nutzbar gemacht werden und die vollumfängliche Finanzierung von Inhalten deutlich ausgeweitet wird;
- die Gewähr von Nachhaltigkeit, indem die Rundfunkarchive bewahrt, digital erschlossen und netzöffentlich nutzbar gemacht werden;
- die Herstellung von Transparenz, indem Gremiensitzungen im Netz übertragen werden und Beschlussvorlagen, Protokolle sowie Haushaltspläne, Auftragsvergaben und weitere, nicht personenbezogene Daten netzöffentlich und in maschinenlesbarer Form bereitgestellt werden;
- die Schaffung von Beteiligung, indem Bürgerinnen und Bürgern Mitspracherechte erhalten und unabhängige Rundfunkbeauftragte mit ähnlichen Rechten wie Rechnungshöfe und ähnlichen Berichtspflichten wie Datenschutzbeauftragte als Beschwerdeinstanzen eingesetzt werden;
- die Stärkung der Unabhängigkeit der Gremien, indem ihnen den Parlamenten vergleichbare Rechte zugestanden werden und ihre Zusammensetzung entsprechend der bestehenden gesellschaftlichen Vielfalt wie Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Religion, ethnische Herkunft und Behinderung besetzt werden;
- die Gewährleistung der Staatsferne, indem der direkte und indirekte Einfluss der Politik in den Aufsichtsgremien deutlich beschnitten wird und Regierungen dort nicht mehr vertreten sein dürfen.

Nur die Rückbesinnung der Medien auf ihren ursprünglichen Verfassungsauftrag gewährt ein mediales Mindestmaß an Allgemeinbildung. Und nur in diesem Bildungskontext können alle Medien tatsächlich produktiv genutzt und deren Informationsleistungen entsprechend eingeordnet werden. Zur Verteidigung der Medienvielfalt gehört auch die Fähigkeit einer sinnvollen Unterscheidung relevanter oder irrelevanter Informationen für eine menschlichere Gesellschaft.

Digitalisierung als Chance

Neue Herausforderungen für linke Kultur- und Medienpolitik

Dr. Petra Sitte, MdB
*Forschungs- und technologiepolitische
Sprecherin der Fraktion DIE LINKE*

Aus den Mündern konservativer Kultur- und Medienpolitiker, von Vertretern insbesondere der großen Medien- und Unterhaltungskonzerne (in beiden Fällen sind es meist Männer), aber auch von vielen Kreativen selbst war jahrelang das Klagegedicht der »Kostenloskultur im Internet« zu hören. Das Publikum wurde dabei gern als Raubkopierer und Verbrecher beschimpft, das nicht mehr ins Kino ging oder CDs kaufte, sondern sich Filme und Musik »einfach so« und illegal im Internet besorgte.

Interessant ist, dass die selbe Rhetorik gegen das eigene Publikum schon vor bald hundert Jahren verwendet wurde, als das Radio erstmals Tonträgern zur Konkurrenz wurde und nochmals als vor bald 40 Jahren Kassettenrecorder dann aber endgültig drohten, der Musikindustrie das Genick zu brechen.

Diese Verteufelung veränderten Konsumverhaltens in der kommerziellen und weitgehend industrialisierten Medien- und Kulturwirtschaft aber versperrt den Blick auf eine Vielfalt an Entwicklungen und Bereichen, die Kultur und Medien und damit eine sie betreffende Politik ausmachen:

Unter dem Begriff »Medienwandel« können wir deutlich beobachten, dass technologische Entwicklung Kultur und Medien immer wieder aufs Neue herausfordern und verändern. Das Kino hat das Theater umgewälzt, das Fernsehen das Kino, die Videokassette beide, die DVD die letzten drei. Und während die Industrie uns versucht, an Blu-Ray zu gewöhnen und es zwischendurch noch ganz andere Filmträgerformate gab, werden Filme und Theateraufzeichnungen aus dem Netz gestreamt, gedownloadet. Es gibt interaktive Formen, die Film und Theater online durch das Publikum beeinflussbar machen. Alles wird sich ändern und das war schon immer so. Technik und damit Kulturproduktion lässt sich nicht auf einen Status Quo einfrieren. Entsprechend sollte Politik auch die Folgen dieses permanenten Wandels begleiten, statt ihn zu verhindern.

Der technologische Wandel, ausgehend von den Innovationen in der Papierherstellung und der Druckerpressen in der frühen Neuzeit hat zunächst dazu geführt, dass sich Kunst- und Medienproduktion vom Mäzenatentum der Adligen befreien konnte. Der technologische Fortschritt hat bereits damals Produktionsbedingungen vereinfacht und Produktionskosten soweit reduziert, dass es einer breiteren Schicht möglich war, in Kulturproduktion zu investieren. Technikinnovation hat einen Markt für Kunst und Medien erst möglich gemacht.

Doch schon in den Anfängen der Druckrevolution ging es darum, diese Innovation politisch so zu reglementieren, dass die Investitionen in diesen neuen Markt sich auch refinanzieren. Sogenannte Raubkopien begleiten Kultur- und Medienschaffen von Beginn an. Und entsprechend entstanden Kopierschutzmechanismen wie Druckersiegel, Wasserzeichen oder die Angabe von Druckorten aber auch politische Reglementierungen wie Druckerprivilegien und später Urheberrechte und noch später Leistungsschutzrechte.

Dabei gab es aus linker Sicht schon immer ambivalente Beziehungen:

Das sogenannte Volkstheater zum Beispiel ist einerseits im 19. Jahrhundert ein wichtiger Ort von Herrschaftskritik und Emanzipation, gleichzeitig waren es auf Profit getrimmte, privatwirtschaftliche Unternehmungen, die von der Publikumsgunst und von billigen Produktionsbedingungen abhingen. Kein Wunder also, dass ein Großteil der dort gespielten Stücke Satiren auf Basis von bekannten Werken waren. Das Handlungsgerüst wurde kostengünstig von der »hohen Kunst« kopiert, publikumswirksame Derbheit und politische Positionierung gewinnbringend ins bestehende Material eingefügt. Die Autoren der Originalstücke sahen dabei eher selten Tantiemen.

Und während die Schallplattenfirmen und Grammophonhersteller sich und die von ihnen vertriebenen Musikerinnen und Musiker im vorigen Jahrhundert durchs Radio enteignet sahen, entwickelte Brecht seine Radiotheorie, in der jede und jeder zum Sender werden kann, die mediale Öffentlichkeit also endlich eine Chance auf Demokratisierung erhielt.

So ist auch das Internet nicht nur Ort der schnellen Downloads, sondern hat zunächst einmal Raum geschaffen für kritische Gegenöffentlichkeiten. Zur Meinungsmacht der etablierten Medienlandschaft aus eher konservativen Medienhäusern, privaten Rundfunk- und TV-Anbietern sowie von den großen Volksparteien beeinflussten Öffentlich-Rechtlichen Sendern gesellten sich, Stichwort »indymedia«, ab Mitte der 1990er Jahre zunehmend unabhängige, kritische (und linke) Berichterstattungen im Netz. Der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklungen war wohl beim G8-Gipfel in Rostock 2007 zu sehen, als globalisierungskritische Aktivistinnen und Aktivisten die Mainstreammedien mit Informationen, Hintergrundreportagen und vielem mehr versorgten und so durch die Aneignung der digitalen Kommunikationsmittel erst dafür sorgten, dass die ein oder andere Gegenstimme zum »embedded Journalism« der Bundesregierung zu hören war. Bis heute sind Anti-Castor-Proteste begleitet von Online-Berichterstattung aus der Szene heraus, die neben klassischen Formaten wie Artikel und Webradio gerade auch die Echtzeitvernetzung der Demonstrierenden über soziale Netzwerke nutzt und

so das Geschehen nicht nur kritisch dokumentiert, sondern immer wieder spontane Protestformen erst möglich macht.

Diese Form widerständiger Mediennutzung ist dank derselben technologischen Entwicklungen möglich, die es erlauben, Zeitungsartikel, Filme, Musik im Netz unkontrolliert zu verbreiten. Für eine erfolgreiche Vermarktung dieser Produkte der Kultur- und Medienbranche aber ist Kontrolle unabdingbar. Während der technologische Wandel vor 500 Jahren erstmals die Chance barg, durch günstigere Produktion aus Mäzenatentum einen Markt zu machen, hat ebendiese Rationalisierungsbewegung mittlerweile dazu geführt, dass die Marktfähigkeit von Kunst und Kultur wieder ins Wanken gerät. Denn was beliebig kopierbar ist, kann kaum teuer verkauft werden.

Bisher laufen alle Vorschläge, Kopierbarkeit einzuschränken und so künstlich einen Markt für Kultur und Medien aufrecht zu erhalten darauf hinaus, dass im Internet Überwachungsmaßnahmen implementiert werden müssten (oder werden). Dies gefährdet die Potentiale kritischer Gegenöffentlichkeit massiv.

Netzsperrern, Vorratsdatenspeicherung und verwandte Überwachungsmaßnahmen und streiten für ein neutrales Netz.

Vor allem aber ist das Klagen über die »Kostenloskultur« im Internet mit Vorsicht zu genießen.

Die Umsatzeinbußen der Musikindustrie gehen vom Rekordumsatz der Branche vor der Jahrtausendwende aus, als die Plattenfirmen den Konsumentinnen und Konsumenten all die Dinge erneut auf CD verkauften, die diese bereits auf Schallplatte besaßen. Auch so lässt sich ein technologischer Wandel ausnutzen. Die Umsatzeinbußen der Zeitschriftenverlage sind nicht ursächlich auf die Digitalisierung zurückzuführen, sondern verlaufen seit 20 Jahren erstaunlich konstant, ohne sichtbare Dramatisierung seit dem Durchbruch der Digitalisierung vor frühestens 15 Jahren. Und wie sich eBooks auf den Buchmarkt auswirken, ist gerade für Deutschland noch gar nicht ausgemacht. Gleichzeitig verdienen die großen Konzerne der Branche weiterhin viel Geld. Axel Springer beispielsweise hatte 2012 einen Rekordumsatz. Zwar betont der Verlag, dass dieser Erfolg nicht mit ihren medialen Kernangeboten, sondern mit Dienstleistungsportalen und



Das Recht auf Anonymität und auf Privatsphäre, das im Briefgeheimnis beispielsweise für demokratische Gesellschaften im Analogzeitalter konstituierend wirkt, wird fürs Internet immer wieder gerade aus Richtung der Unterhaltungsindustrie angegriffen. Um Urheberrechtsverletzungen ahnden zu können, sollen Internetnutzerinnen und -nutzer nur noch mit Klarnamen agieren dürfen und es jederzeit verdachtsunabhängig möglich sein zu kontrollieren, welche Daten sie im Netz verbreiten. Am besten soll diese Überwachung nicht nur den Polizeibehörden, sondern gleich der Industrie selbst erlaubt sein. Die Erhaltung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen dürfen gerade aus linker Sicht kein Grund sein für derartig elementare Eingriffe in Grund- und Menschenrechte. Entsprechend hat sich DIE LINKE im Bundestag auch bisher konsequent solchen Vorhaben verweigert und wird dies auch künftig tun. Wir stellen uns gegen

Werbung erzielt wurde, andererseits ist die Querfinanzierung von Medienangeboten eine lang etablierte Praxis. Der Verkaufspreis einer Zeitung deckte in der Regel schon immer ungefähr die Vertriebskosten, alle weiteren Kosten wurden über Anzeigen und andere Produkte finanziert. Und überall dort, wo bequeme Bezahlmöglichkeiten existieren, zahlen die Konsumentinnen und Konsumenten auch fleißig Geld für Produkte aus dem Bereich Kultur und Medien.

Fakt allerdings ist, dass dieses Geld kaum bei den Kreativen selbst ankommt. Das war allerdings auch vor dem Internet in der Breite kaum anders. Und wenn heute zum Beispiel im Musikbereich legale Downloadplattformen und Streamingdienste immer mehr Nutzerinnen und Nutzer zum Bezahlen für kreative Inhalte im Internet bewegen, darf nicht vergessen werden, dass von diesem Geld das Wenigste bei den

Musikerinnen und Musikern ankommt. Die Verteilung der Einnahmen aber wurde mit den Plattenfirmen ausgehandelt, im ein- oder anderen Fall sind diese sogar Mitbesitzer der Online-Dienste.

Überall dort, wo Marktwirtschaft also (noch oder wieder) profitabel ist im Kultur- und Medienbereich, muss es aus LINKER Sicht deshalb darum gehen, die Kreativen gegenüber den Verwertern zu stärken, ganz gleich ob es die alten Medienkonzerne oder neue Player im Internet sind. Dafür haben wir 2011 einen umfassenden Vorschlag zur Verbesserung des Urhebervertragsrechts im Bundestag vorgelegt, der Urheberinnen und Urheber endlich eine angemessene Vergütung für jede kommerzielle Verwertung ihrer Werke ermöglichen soll. Dafür brauchen die Kreativschaffenden mehr Selbstbestimmung über die Verwertungsrechte an ihren Werken und ein durchsetzungsstarkes Verfahren für die kollektive Aushandlung gemeinsamer Vergütungsregeln. Weiter hat DIE LINKE im Bundestag einen Vorschlag zur Reform der Verwertungsgesellschaften vorgelegt, der zum Ziel hat, die Strukturen zu demokratisieren, Transparenz zu schaffen und den Kreis derjenigen, die über die Verwertungsgesellschaften Geld bekommen, auf die Kreativen selbst zu konzentrieren.

Nichtdestotrotz zeigt die lange Sicht auf die historische Entwicklung der Kultur- und Medienproduktion und den dazugehörigen technologischen Wandel, dass das Reduzieren von Kultur und Medien auf marktwirtschaftliche Prinzipien nicht naturgegeben ist. Um der einseitigen Reduzierung der Kreativbranche auf dem freien Markt zu begegnen, braucht es besondere Anstrengungen und wird künftig eher schwerer als einfacher.

Linke sollten dies aber mehr als Chance denn als Risiko begreifen. Und wir sollten nicht vergessen, dass wir auch im Analogen vielfältige Formen von Kultur- und Medienproduktion kennen, die jenseits des Marktes funktionieren. Die Kunstförderung der öffentlichen Hand und das Prinzip des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind hier gern genannte Beispiele. Aber auch die Filmförderung, die unter anderem mit Steuermitteln auch Hollywoodproduktionen finanziell absichert, zeigt, dass Kultur und Medien schon immer mehr als nur freie Wirtschaft und doch etwas anderes als feudales Mäzenatentum waren.

Auch waren Kultur und Medien schon immer mehr als Medienkonzerne und Hochkultur. So wird es zum einen künftig Aufgabe linker Medienpolitik sein, an der Seite der Kreativen für faire Bedingungen in der Kreativwirtschaft zu kämpfen, ohne dabei die emanzipativen Potentiale des Internets zu gefährden und Grundrechte einzuschränken.

In einem zweiten Schritt muss es auch darum gehen, die öffentliche Sphäre der Kultur- und Medienlandschaft wieder stärker zu fördern. Rundfunkorchester, Stadttheater und Musikschulen sind elementarer Bestandteil einer lebendigen Kulturlandschaft. Journalismus muss nicht nur bei den alten Verlagshäusern



gedeihen, sondern hat eben auch seinen öffentlich-rechtlichen Platz. Hier wie dort allerdings gilt: Das Prinzip der Staatsferne muss gewahrt und erneuert werden. Und wenn die Produktion von Kultur und Medien vorab durch Gebühren oder Steuern finanziert wird, steht den Bürgerinnen und Bürgern ein besonderes Recht auf freizügige Nachnutzung der Produktionen zu.

Zuletzt wird es, parallel zu den genannten zwei, einen dritten Schritt brauchen: Wir brauchen Rahmenbedingungen für Laienkultur, Bürgermedien, den Off-Bereich. Und wir müssen vorbereitet sein, wenn es »der Markt« an dieser oder jener Stelle nicht mehr so richtet, wie bisher. Genau deshalb diskutieren wir in der LINKEN über neue Finanzierungsmodelle wie die sogenannte Kulturwertmark oder die verschiedenen Modelle der Kulturflatrate. Genau deshalb fordern wir Testläufe und Projektphasen, um diese Dinge auszuprobieren. Deshalb beobachten wir genau, wie sich Crowdfunding entwickelt.

Hinter all diesen Modellen steht die Idee, statt der schwierigen Refinanzierung von Kultur und Medien durch den Verkauf fertiger Produkte, die Produktion auszufinanzieren und damit die Nutzung der geschaffenen Werke freizügiger zu gestalten.

Schließlich ist die Kultur- und Kreativbranche Vorreiter für ein zentrales Problem der postindustriellen Gesellschaft, auf die wir uns rasend zubewegen und in der wir in weiten Teilen unserer urbanen Ballungsräume schon stecken. Mögliche und für ein Gemeinwesen notwendige Arbeit ist ohne Ende vorhanden, insbesondere im sozialen und kulturellen Bereich. Aber kaum einer ist da, der sie anständig bezahlen will. Gleichzeitig wird in der weitgehend automatisierten Produktion von physischen Gütern viel Geld verdient. Dieses Geld aber landet gemeinsam mit den Gewinnen des Finanzkapitalismus in den Händen von immer weniger Menschen. Wir müssen also insgesamt, aber insbesondere auch für die kulturelle Vielfalt, die Umverteilung des Wohlstands durchsetzen. Dazu gehört die offene Diskussion über die unterschiedlichsten Formen finanzieller Grundsicherung.

Brotlose Kunst?

Soziale Lage von Kreativen im Kultur- und Medienbereich

Herbert Behrens, MdB
Stellv. Vorsitzender des Unterausschusses
Neue Medien

Wenn wir an kreativ arbeitende Menschen denken, haben wir zuerst einen Maler oder Bildhauer vor Augen. Berufe im kreativen Bereich aber sind vielfältig: sie reichen vom Architekten über den Journalisten, bis hin zum Webdesigner.

So unterschiedlich kreative Berufe an sich sind, so unterschiedlich ist auch die soziale Lage von Kreativen zwischen und innerhalb der verschiedenen Sektoren und Sparten. Gerade die Lage von freiberuflich oder selbstständig Tätigen ist in den vergangenen Jahren zunehmend prekär geworden. Ein Großteil von Künstlerinnen und Künstlern kann von ihrer Arbeit im kulturellen Bereich allein nicht leben.

Nehmen wir die bildenden Künstlerinnen und Künstler. Diese möchte ich hier exemplarisch heranziehen. Fast die Hälfte der bildenden Künstler kommt nicht einmal auf einen Stundenlohn von fünf Euro. Nicht einmal zehn Prozent kommen über 15 Euro. Der



durchschnittliche Jahresverdienst beträgt etwas über 13 500 Euro und Frauen liegen mit knapp 11 500 Euro noch einmal deutlich darunter. Das reicht einfach nicht fürs Leben!

Ähnlich sieht es bei darstellenden Künstlerinnen und Künstlern aus. Auch diese haben einen Stundenlohn

von unter fünf Euro – trotz langer Ausbildungszeiten und hohem Bildungsniveau.

Eine der Hauptursachen für die derzeitige schlechte Lage von Kreativen ist der Rückzug der öffentlichen Hand in Sachen Kultur. Die leeren Kassen der Länder und Kommunen zwingen diese auch bei der Kultur zu sparen. Das wird deutlich, wenn man sich den Rückgang der Festangestellten im öffentlichen Sektor ansieht. Aber auch bei einem Blick auf die derzeitigen Arbeitsbedingungen. Auch für die Festangestellten in diesem Sektor wird die Lage zunehmend schwieriger, so unterlaufen z.B. hauseigene Tarifverträge an den öffentlichen Theatern mit den Gewerkschaften ausgehandelte spartenspezifische Regelungen.

Gleichzeitig findet mit der zunehmenden Digitalisierung und dem immer stärkeren Einzug des Internets in alle Lebensbereiche ein Medienwandel statt, der sich auch im Kulturbereich auswirkt. Im Kultursektor entstanden neue Berufsfelder, Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, insbesondere in der schnell wachsenden Kultur- und Kreativwirtschaft. Die Digitalisierung trug dadurch zu einem Anwachsen des privatwirtschaftlichen Kultursektors bei. Dies führte zwar auch zu neuen Festeinstellungen und einer Verbesserung der Einkommenssituation einiger freier Kreativer. Abhängige, sozial abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse haben jedoch insgesamt abgenommen. An ihre Stelle sind Selbstständigkeit, verschiedene prekäre Beschäftigungsformen, ein ständiger Wechsel zwischen den beiden oder Mischformen aus freien und festen Arbeitsverhältnissen getreten. Ein gesichertes Einkommen und eine soziale Absicherung werden mehr und mehr die Ausnahme für Beschäftigte im Kultursektor. Projektbezogene Beschäftigung, in der Regel befristet und unstetig, wird immer mehr zur Normalität.

Der Kulturbetrieb hat sich in den letzten 30 Jahren entscheidend verändert. Neben den privatwirtschaftlichen Sektor und die öffentlichen Einrichtungen ist ein breites Feld von frei-gemeinnützigen Vereinen, Verbänden und Initiativen getreten. Da es für sie in der Regel keine institutionelle Förderung gibt, hangeln sie sich von Projekt zu Projekt. Die Künstlerinnen und Künstler selbst arbeiten häufig ehrenamtlich, teilweise befristet angestellt, teilweise auf Honorarbasis. Auch hier kann von existenzsichernden Einkommen keine Rede sein. Dabei benötigt gerade kulturelle und künstlerische Arbeit Kontinuität und Sicherheit.

Um Künstlerinnen und Künstler zumindest ein Stück weit soziale Sicherheit zu bieten, gibt es in Deutschland die Künstlersozialkasse (KSK). Diese übernimmt Aufgaben der Renten-, Sozial- und Pflegeversicherung. Die Einnahmen der KSK setzen sich aus Zuschüssen des Bundes, einer Abgabe der Verwerter

und Beiträgen der versicherten Künstlerinnen und Künstler zusammen. Diese Form der sozialen Sicherung Kreativer ist weltweit einmalig und ihre Bedeutung unumstritten.

Dennoch kann sie nicht alle Probleme lösen. So reicht das durchschnittliche Einkommen Kreativer schlichtweg nicht für eine Rente zum Leben. Wer 45 Jahre künstlerisch tätig war und 12 000 Euro Jahreseinkommen hatte, hat einen Rentenanspruch von nur 500 Euro im Jahr.

Zudem steht die Künstlersozialkasse vor wachsenden Problemen. Da immer mehr Künstlerinnen und Künstler freiberuflich tätig sind, wächst die Zahl derer, die Mitglied in der KSK werden wollen stetig, d.h. dass auch der Finanzbedarf der KSK steigt. Die Einnahmen aus der Abgabe der Verwerter aber sind in den letzten Jahren gesunken. Damit gerät die Finanzierung in

schöpft werden. Darüber hinaus müssen die sozialen Sicherungssysteme für die wachsende Zahl von Selbständigen und Freiberuflern in anderen Berufsfeldern geöffnet und entsprechend des spezifischen Bedarfs dieser Gruppen weiterentwickelt werden.

Lösungsansätze für die sozialen Probleme Kreativer sind nur mit einem weiten Blick auf die Rahmenbedingungen kultureller Arbeit zu finden. Dazu gehört zunächst, deren öffentliche Finanzierung zu sichern. Von der öffentlichen Kulturförderung muss künftig deutlich mehr bei den Kreativen selbst ankommen. Wir als Linke wollen, dass Künstlerinnen und Künstler und alle Kulturschaffenden von ihrer Arbeit Leben können.

Wir wollen eine existenzsichernde Vergütung für alle im Kulturbereich Beschäftigten im Sinne eines Mindestlohnes und verbindliche Honoraruntergrenzen



eine Schieflage. Es ist dringend notwendig, dass alle Verwerter künstlerischer und publizistischer Leistungen ihrer Verpflichtung zur Zahlung der Künstlersozialabgabe nachkommen.

Ein anderes Problem ist der Zugang zur Künstlersozialkasse. Voraussetzung ist ein Mindesteinkommen, das hauptsächlich und nicht nur vorübergehend aus selbständiger künstlerischer Tätigkeit erwirtschaftet wird. Diese Hürde ist für eine wachsende Zahl von Künstlerinnen und Künstlern nicht zu nehmen. Darüber hinaus sind Künstlerinnen und Künstler zunehmend in wechselnden Erwerbsformen tätig. Bei den darstellenden Künstlerinnen und Künstlern ist dies rund ein Drittel.

DIE LINKE will die Künstlersozialkasse erhalten und ausbauen. Wichtig sind uns dabei über die Finanzierung hinaus vor allem zwei Dinge: Zum einen sollte unbedingt am offenen Kunstbegriff festgehalten und der vorhandene Spielraum zur Aufnahme neu entstandener Berufsgruppen im künstlerischen und kulturellen Bereich in die KSK weitestmöglich ausge-

für freiberuflich Tätige und Selbständige. Im Moment drehen sich die Honorare in einer Abwärtsspirale. Gleichzeitig müssen Kreative auch über das Urhebervertragsrecht gegenüber den Verwertern gestärkt werden. Das Urhebervertragsrecht muss durchsetzungsfähig ausgestaltet werden.

Darüber hinaus sind weitere Reformen der sozialen Sicherungssysteme notwendig – zum Beispiel beim Arbeitslosengeld. Statt Arbeitslosengeld I zu erhalten, rutschen viele Künstlerinnen und Künstler direkt in Hartz IV. Die Neuregelung zu Anwartschaften auf Arbeitslosengeld I für kurzzeitig Beschäftigte von 2009 greift schlichtweg nicht. Wer in einem kreativen Beruf tätig ist, muss auch Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben. Die derzeitigen Beschränkungen schließen viele Kreative von vornherein von Leistungen aus. Hier müssen die Forderungen der Künstlerverbände endlich umgesetzt werden. DIE LINKE fordert deshalb, die Rahmenfrist zum Erwerb eines Anspruches wieder auf drei Jahre zu verlängern und die Zugangsbedingungen für kurzzeitig Beschäftigte zu erleichtern.

Stadt der Zukunft

Neue Ansätze für lebenswerte Städte

Heidrun Bluhm, MdB
*Bau- und Wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE*

Kultur ist im weitesten Sinne alles, was der Mensch selbst gestaltend hervorbringt.

Ist es vermessen, zu behaupten, Stadtentwicklung selbst ist eine Kulturleistung?

Ich meine nein!

Genau das sollte immer der Anspruch von Stadtentwicklung sein:

Mit ihr zugleich die soziale Gestaltung des städtischen Lebens zu denken und die Voraussetzungen dafür »einzuplanen« im besten Sinne des Wortes.

Ein kleiner historischer Exkurs

Nachdem die große Industrialisierung im ausgehenden 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die ursprüngliche stadtypische Konzentration von Leben und Arbeiten auf engstem Raum weitgehend unmöglich gemacht hatte, begann die planerische Zergliederung der Städte nach verschiedenen Funktionen.

Die Grundregeln dieses Denkens haben sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis in die 80er Jahre hinein dahin spezifiziert, dass neben den außerstädtischen Industrie- und Gewerbeansiedlungen auch riesige Handelszentren an den Stadträndern entstanden. Ebenso außerhalb der Stadtzentren aber wiederum getrennt von den Gewerbe- und Handelsstandorten entstanden in vielen deutschen Städten Großwohnsiedlungen und Eigenheimsatelliten.

Paradoxe Weise war für die Stadtbewohner ausgerechnet das Wohnen in der Stadt zur Ausnahme geworden.

Die Voraussetzungen dieser Entwicklung haben sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert.

1. Mobilität, erst recht Automobilität, ist kein zeitgemäßer, moderner oder anzustrebender Aspekt des städtischen Lebens mehr.
2. Der Charakter und die Struktur der Gesamtwirtschaft haben sich geradezu revolutionär gewandelt. Die große, mit Lärm und Schmutz verbundene Industrie hat anteilig an Bedeutung für die Wertschöpfung des Landes verloren, Dienstleistungen und Kreativwirtschaft dagegen haben erheblich dazu gewonnen.

Die Tendenz, Arbeit in das städtische Leben zurückzuführen hat sich, wenn auch eher marktsponant als im Ergebnis stadtplanerischer Strategien, wieder verstärkt. Nachdem zunächst hauptsächlich Büroflächen in den Innenstädten dominierten, kommen nun in starkem, oft zu starkem Maße, großflächige Einkaufszentren aber auch Gesundheits- und Dienstleistungseinrichtungen dazu. Gastronomie und Kunstbetrieb sind traditionell hier angesiedelt, haben neben ihrem Wert für die Stadtbevölkerung auch einen zunehmend touristischen Aspekt. Für das Wohnen, nicht als Luxusgut, sondern für eine bunt gemischte Stadtbevölkerung, bleibt da wenig Raum.

Genau das ist die Krux: Viele Kommunalpolitiker und in der Folge Stadtplaner haben keine Stadtentwicklungsphilosophie, sondern nur eine kurz gedachte Marketingstrategie. Für sie steht nicht die langfristige Stadtentwicklung auf der Agenda, sondern die rasche Vermarktung eines Standortes im Wettbewerb um Wirtschaftswachstum.

Das mag angesichts der klammen Kassen und der überbordenden Aufgabenlast der Kommunen verständlich sein, aber es ist Denken von vorgestern, verleitet zu städtebaulichen Sünden und richtet oftmals nicht wieder gut zu machende Schäden an.

Neue Ansätze für lebenswerte Städte

Die grundlegende Voraussetzung für eine kulturvolle Stadtentwicklung ist, die Städte aus den wirtschaftlichen Zwängen, in die sie in den letzten Jahrzehnten durch verfehlte Politik hineinmanövriert worden sind, zu befreien.

Die Privatisierung städtischer Wohnungsbestände und städtischer Unternehmen ist kein Mittel zur Geldbeschaffung für kommunale Aufgaben. Sie taugt, wie sich zeigt, nicht einmal zur dauerhaften Schuldentilgung. Sie entzieht den Städten nicht nur Vermögenswerte, sondern auch dauerhaft die Fähigkeit eigene Stadtentwicklungskonzepte zu entwerfen und umzusetzen.

Die Kultur der Stadtentwicklung weicht der Unkultur der Stadtvermarktung.

Es ist daher richtig, wie die noch relativ jungen Überlegungen zur »Stadttrendite« nahelegen, den Wert kommunaler Wohnungsbestände und kommunaler Unternehmen nicht allein nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben, schon gar nicht an möglichen Verkaufserlösen zu bemessen, sondern an ihrem Potenzial für die Stadtentwicklung und den Stadtbau.

Stadtbewahrung in all ihren Facetten und Stadtentwicklung brauchen eigene kommunale Kraft und Handlungsspielraum, damit langfristige Strategien

für die Gestaltung lebenswerter Städte überhaupt gedacht und umgesetzt werden können.

Der erste Ansatz:

Es muss wieder möglich sein, in der Stadt zu leben!

Das heißt, die Elemente der urbanen Lebensform Wohnen, Arbeiten, in der Gesellschaft sein, sich bilden, genießen...das alles auf den Punkt gebracht an einem Ort macht eine lebens- und liebenswerte Stadt aus.

Der zweite Ansatz:

Niemand darf ausgeschlossen sein. Eine lebenswerte Stadt grenzt nicht aus sondern schließt ein. Das Zusammenleben der Stadtmenschen miteinander und mit ihren Gästen darf weder durch finanzielles noch durch gesundheitliches Vermögen oder Unvermögen begrenzt sein.

Generationenunterschiede und ethnische Vielfalt sollen nicht trennen, sondern ein Bindemittel der Stadtgesellschaft sein.

Der dritte Ansatz:

Kultur und Natur sind gemeinschaftliche Güter. Stadtentwicklung ohne Natur- und Klimaschutz hat keine Perspektive. Klimaschutz durch Stadtentwicklung ist eine großartige Kulturleistung. Städte sind große Energieverbraucher und daher wesentlich mitbeteiligt an den klimatischen Verände-

rungen der vergangenen hundert Jahre.

Sie haben aber auch das entsprechende Potenzial für energetische Sanierung und klimagerechtes Bauen.

Eine Vision

Stadtentwicklung geht nach meinem Verständnis über die gewohnheitsgemäße Denkhierarchie hinaus, wonach die Stadtplanung sich im Wesentlichen darauf beschränkt, aus den tradierten Stadtgebietsnutzungen Flächennutzungspläne fortzuschreiben und Bebauungspläne aus dem aktuellen Baubedarf abzuleiten.

So langfristig und generationenübergreifend wie Stadtentwicklungspolitik wirkt – im Guten, wie im Schlechten – muss sie von einem Leitbild, von einer Vision getragen werden.

Sie muss die »Stadt der Zukunft« vordenken und daraus tragfähige Entwicklungskonzepte für eine harmonische Zusammenführung von soziodemografischen, ökologischen und ökonomischen Erfordernissen mit der Stadtarchitektur kreieren und deren Umsetzung auf den Weg bringen. Und: Sie muss in diesem Prozess die Menschen mitnehmen, die sich entschieden haben, in den Städten zu wohnen.

Das wäre eine wahrhafte Kulturleistung.



Eine Stadt ist keine Marke

Linke Kulturpolitik in Hamburg

Norbert Hackbusch, MdHB
*Stellv. Vorsitzender und Fachsprecher für
Kultur der Fraktion DIE LINKE. in der Hamburgischen
Bürgerschaft*

Wer hätte gedacht, dass Proteste gegen Kulturkürzungen eine Landesregierung zum Einsturz bringen können? In Hamburg ist das passiert – Ende 2010.

bügeln und die Kulturszene besänftigen – die Chance auf einen reellen kulturpolitischen Fortschritt wurde aber nicht genutzt. Stattdessen geht die Hamburgische Kulturpolitik ohne wirkliche Vision einen Schritt vor und zwei zurück. Viel zu stark hängt man hier noch immer an der fatalen Stoßrichtung der letzten 20 Jahre: Der Verzahnung von Kultur- und Standortpolitik. Die Stadt als Marke und die Kultur als Etikett. Wie



Foto: Gert Gampe

Die Kulturpolitik der Hansestadt hatte damals einen denkbar schlechten Ruf – überregional berichteten die Medien über das »kulturpolitische Desaster von Hamburg«

Anfang 2011 gab es Neuwahlen und eigentlich wäre das der ideale Moment gewesen, die kulturpolitischen Weichen neu zu stellen. Eine echte Chance aus den frischen Kardinalfehlern zu lernen und Hamburgs Kulturpolitik offener zu gestalten: Offen für die realen Entwicklungen und Bedürfnisse der Kulturschaffenden und -Institutionen. Offen für neue Förderinstrumente und eine strukturelle Verbesserung der Förderung von Künstlerinnen und Künstlern und freier Szene. Offen für Konzepte der gesellschaftlichen Teilhabe am Hamburger Kulturleben. Offen für einen kulturpolitischen Blick nach vorn und für eine verantwortungsvolle Kulturentwicklungsplanung.

Unbestritten: Die derzeitige Hamburger Kultursenatorin konnte den Imageschaden vom Herbst 2010 aus-

ein Musterschüler versucht die Hansestadt bis heute umzusetzen, was die international gehypten Ökonomen, mit ihrer Lehre von der Kultur als weichem Standortfaktor, predigen.

Und nach wie vor gilt das Wort der Handelskammer, erneut manifestiert im Juni 2011: »Um im Wettbewerb mit anderen Metropolen bestehen zu können, muss Hamburg eine strategische Kulturpolitik entwickeln.«

Schon seit Jahren legen sich die Stadt und die Hamburg Marketing Agentur mit ihren Leitbildern und Erfolgsbausteinen in Sachen Imageproduktion mächtig ins Zeug. Inszeniert wird die »Kulturmetropole Hamburg« in bunten Bildern von Musicals, Elbphilharmonie, Festivals, pulsierender Club-Szene und Großevents, wie Alstervergnügen oder Hafengeburtstag. Dazu kommen ausgewählte Kulturhighlights: Die Museen, die Oper, die Staatstheater und die Privattheaterlandschaft. Ein Blick ins Schaufenster auf www.hamburg.de genügt.



All das ist mit Sicherheit vorbildliche Standortpolitik – und ohne Zweifel ist die Kulturlandschaft ein guter Grund, die Hansestadt zu besuchen oder sogar hierher zu ziehen. Kulturpolitisch erweist sich diese Linie aber mehr und mehr als Sackgasse. Warum? Weil ein ausgesuchter Teil des Hamburger Kulturlebens zwar hochgehalten wird, aber insgesamt die gewachsene kulturelle Struktur der Stadt, ihre Institutionen und Akteure immer tiefer in prekäre Verhältnisse schlittern. Hinter der schillernden Fassade bröckelt es, und unter dem polierten Image verbirgt sich eine zunehmend instabile kulturelle Infrastruktur.

Wer hinter den Gitzervorhang blickt sieht, dass der Hamburger Kulturretat seit vielen Jahren bei rund zwei Prozent des Gesamthaushalts stagniert. Die Etats fast aller Kulturinstitutionen der Stadt wurden seit Mitte der 90er Jahre reduziert oder eingefroren – was etwa einer 25-prozentigen Kürzung gleichkommt. Punktuelle Anhebungen von Förderbeträgen wirken wie Tropfen auf dem heißen Stein, weil seit Jahren Kosten- und Tarifsteigerungen nicht ausgeglichen werden und so immer wieder strukturelle Defizite anwachsen. Die seit 2012 verfassungsmäßig verankerte Schuldenbremse, und der eingefrorene Tarifkostenausgleich von 0 bis 1,5 Prozent, werden ab sofort diese Problematik noch verschärfen. Die Budgets der Einrichtungen decken oft gerade mal die Betriebskosten und für die künstlerische Arbeit bleibt immer weniger übrig. Das trifft kleinere Kulturbetriebe mit geringeren Eigenfinanzierungsquoten besonders hart, ist aber auch bei Institutionen mit größeren Budgets ein wachsendes Problem. Hamburg erinnert immer gerne an seine Tradition des Kulturmäzenatentums, aber besonders in wirtschaftlich instabilen Zeiten brechen Kultureinrichtungen, die von Sponsoren mittlerweile abhängig sind, die Drittmittel weg. Auch dadurch verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen im Kulturbereich insgesamt. Speziell die negative Einkommensentwicklung und die mangelnde soziale Sicherung von freischaffenden Künstlerinnen und Künstler, sind besonders in einer teuren Stadt wie Hamburg besorgniserregend.

Dass sich da Unmut regt, ist nicht nur verständlich sondern auch sehr zu begrüßen.

Sei es die im Januar 2013 gegründete »Koalition der Freien«, die eine massive Unterfinanzierung und Missachtung der freien Szene beklagt. Oder die Stadtteilkultureinrichtungen, die Akteure der Kinder- und Jugendkultur und die Betriebsräte der Hamburger Bühnen, die im Zuge der letzten Haushaltsberatungen mit offenen Briefen auf die zunehmende Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und wachsende Perspektivlosigkeit hingewiesen haben. Nicht viel anders geht es den Hamburger Museen und auch die Personaldecke der Bücherhallen steht in regelmäßigen Abständen vor der Zerreißprobe.

Und was als finanzielles Damoklesschwert für den Kulturhaushalt schon längst drohend am Horizont hängt, sind die noch völlig unkalkulierbaren Betriebs- und Programmkosten der Elbphilharmonie.

Aber beim Bestreben, ein widerspruchsfreies Produkt »Marke Hamburg« zu verkaufen, müssen solche unangenehmen Problematiken natürlich klein geredet werden, während stoisch am vermarktungsorientierten Stiefel festgehalten wird: Priorität hat die Förderung von »attraktivitätssteigernder« Kultur. Dieser mittlerweile gängige Behördensprech lässt natürlich auch einen Umkehrschluss zu: Gibt es attraktive Kultur, die für die Vermarktung des Stadtimages taugt, dann gibt es folglich auch »weniger attraktive« Kultur, der nicht das Potential zugeschrieben wird, Touristen in die Stadt zu locken. Besonders deutlich wurde diese Haltung zuletzt im Zusammenhang mit der neu eingeführten Hamburger Kultursteuer. Obwohl die Politik der Kulturlandschaft immer wieder Hoffnungen auf finanzielle Entlastung durch die zusätzlichen Einnahmen gemacht hat, steht nun fest: Die Mittelvergabe, abgesegnet durch die Hamburg Tourismus GmbH, erfolgt überwiegend nach standortpolitischen Kriterien – und da geht der Großteil der Kulturlandschaft leer aus. Ganz ungeniert werden somit bestimmte Teile der Kulturlandschaft auf- oder abgewertet.

Unter welchen Lebens- und Arbeitsbedingungen hier Kultur geschaffen wird, interessiert bei alldem scheinbar wenig. In Festtagsreden wird zwar gerne davon gesprochen, welche existentielle Bedeutung Kunst und Kultur für die Bildung, den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt und den interkulturellen Dialog haben. Aber praktisch schlagen sich diese Bekenntnisse in der kulturpolitischen Agenda kaum merklich und vor allem ohne zukunftsweisende Konzepte nieder. Wie kann es sein, dass diese sozial bedeutenden kulturellen Bereiche immer wieder hinter den Kriterien ökonomischer Verwertbarkeit zurückstehen, und dass die Kulturpolitik dies auch unverhohlen an der Verteilung öffentlicher Kulturfördermittel deutlich macht?

Schon im Jahr 2009 formulierte das Manifest »Not In Our Name – Marke Hamburg!« den Vorwurf die »Hamburger Kulturpolitik (sei) längst integraler Bestandteil (einer) Eventisierungsstrategie.« Leider zeigt sich, dass es bis heute den kulturpolitisch Verantwortlichen nicht gelungen ist, dieser Einschätzung substantiell etwas entgegenzusetzen. Viel zu eindimensional ist Hamburgs kulturpolitisches Profil. Ausgerichtet auf Hochglanzkultur auf der einen und Sparen am »weniger attraktiven Ende« auf der anderen Seite. So ist Hamburg auf dem besten Wege, sich kulturpolitisch weiter in neoliberaler Konturlosigkeit zu verfransen.

Wie könnte es also weitergehen mit der Kulturpolitik in der Stadt der Pfeffersäcke?

Einer grundsätzlichen Entscheidung kann jedenfalls nicht ausgewichen werden: Es muss antizyklisch – mehr statt weniger – Geld in die Kultur und kulturelle Bildung investiert werden. Was ein Ende haben muss, ist die Aufwertungslogik, bei der die Attraktivitätssteigerung das Haupt-Kriterium für die Vergabe öffentlicher Kulturförderung ist.

Kulturpolitik muss aber auch über die pragmatische Verwaltung des Kulturförderetats und das Abarbeiten von Finanzierungsproblemen hinauswachsen und sich

verstärkt sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen stellen. Für eine tragfähige kulturpolitische Perspektive und die Gestaltung der notwendigen Rahmenbedingungen braucht Hamburg deshalb einen klar definierten, verlässlichen und langfristig angelegten Kulturentwicklungsplan. Im Zentrum steht dabei die Frage: Wie kann Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik gestaltet werden? Die Politik sollte sich zutrauen, die aktuelle Kulturförderung zu evaluieren und ein Gesamt-Konzept zu entwickeln, das sowohl die Lage der Künstlerinnen und Künstler, der Kulturproduzentinnen und Kulturproduzenten in den Blick nimmt, wie die der Bürgerinnen und Bürger, die alle, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund, ihrem Alter oder ihrer Herkunft ein Recht auf Teilhabe an Kunst und Kultur haben. In Zusammenarbeit mit Menschen aus allen Bereichen des kulturellen, kreativen und gesellschaftlichen Lebens gilt es Leitlinien festzuschreiben, die kulturpolitische Prioritäten nach realen gesellschaftlichen Bedürfnissen ausloten und Kunst und Kultur als Kernelement des Gemeinwesens stärken.

Es wäre doch bemerkenswert, wenn in Reiseführern stehen würde: »Hamburg ist zu Recht berühmt für seine mutige und fortschrittliche Kulturpolitik. Hier wird nicht auf Glamour gesetzt, sondern der Begriff Kulturmetropole völlig neu definiert! Konkrete Förderprogramme sorgen dafür, dass die Menschen in den verschiedenen Stadtteilen eigene Kunstprojekte aktiv mitgestalten und entwickeln. Auch in der kulturellen Bildungsarbeit und durch spezielle Kulturvermittlungskonzepte wird der fortschrittliche Kulturansatz der Stadt deutlich. In Hamburg finden Künstlerinnen und Künstler gute Lebens-, und Arbeitsbedingungen und außerdem genügend Freiräume, um zu experimentieren und sich weiterzuentwickeln. Ein konkreter kulturpolitischer Schwerpunkt der Stadt ist das flächendeckende Teilhabekonzept mit einem niedrigschwelligen Zugang zu den öffentlich geförderten Kulturinstitutionen – dazu gehören der freie Eintritt in die Museen und stark ermäßigte Kartenkontingente in den Theatern und Musikhallen der Stadt. (...)
«

Berlin am Bundestropf? Licht und Schatten der Hauptstadtkulturförderung

Wolfgang Brauer, MdA
Kulturpolitischer Sprecher der Fraktion
DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus von Berlin

Die Stadt Berlin profitiert auf vielfältige Weise von ihrer internationalen Bedeutung als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik selbst profitiert auf vielfältige Weise vom attraktiven und pulsierenden Metropolenraum der Stadt Berlin. Die Attraktivität der Stadt ist zu einem guten – statistisch nachweisbaren – Teil ihrem Kulturangebot und einem in der topographischen Dichte wohl einmaligen Konvolut historischer Sachzeugen der deutschen und der Weltgeschichte der letzten 300 Jahre zu verdanken. Auf vielfältige Weise spielt die Stadt die Rolle eines der wichtigsten »Durchlauferhitzer« der jungen internationalen Kunst- und Kulturszene mit inzwischen weltweiter Ausstrahlung, ohne sich – ein für unsere Stadt sicher merkwürdiger Ausdruck von Zurückhaltung – permanent als »Kulturhauptstadt« aufspielen zu wollen. Wir wissen um die Fragilität kultureller Grundstrukturen. Und wir wissen auch, dass Berlin trotz erfreulicher demographischer und wirtschaftlicher Aufwärtstrends niemals sein weit gefächertes Kulturangebot allein finanzieren können. Die Mittel eines vergleichsweise kleinen Stadtstaates sind immer beschränkt.

Auch deshalb wurde am 30. November 2007 zum dritten Male zwischen der Bundesregierung und dem (damals noch rot-roten) Senat ein Vertrag über

die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der hauptstädtischen Kultur, der »Hauptstadtkulturvertrag« abgeschlossen. Der Vertrag gilt noch bis zum 31. Dezember 2017. Er beinhaltet Vereinbarungen über die vollständige Übernahme der Finanzierung einzelner Einrichtungen wie der Akademie der Künste, der Stiftung Deutsche Kinemathek (mit dem Filmmuseum am Potsdamer Platz), der Stiftung Jüdisches Museum oder auch eines Konstruktes wie dem der »Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH«. Dahinter verbergen sich die Internationalen Filmfestspiele Berlin (»Berlinale«), das Haus der Kulturen der Welt und die Berliner Festspiele mit dem bedeutsamen Ausstellungspalais des Martin-Gropius-Baus. Der Bund hat auch vollständig den ursprünglich im Errichtungsgesetz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz festgeschriebenen Berliner Anteil an den Bauinvestitionen der Stiftung übernommen. Seinen Anteil am Betriebshaushalt der Stiftung leistet Berlin entsprechend der »Sitzlandregelung« weiterhin. Die Licht- und Schatten-Seiten des Bundesengagements lassen sich allerdings am trefflichsten an einem der scheinbar selbstverständlichsten, weil vom Anspruch her überzeugend daherkommenden, Bestandteile des Hauptstadtkulturvertrages darstellen, dem so genannten Hauptstadtkulturfonds (HKF).

Seine vereinbarte Aufgabenstellung scheint ohne Fehl und Tadel: »Aus dem Hauptstadtkulturfonds werden Einzelprojekte und Veranstaltungen gefördert, die für die Bundeshauptstadt Berlin bedeutsam sind, nati-

Bild: »Berlin Mitte und Marzahn« aus BERLINER HÄUSER FLUCHT 3 von Stefan Paubel, 2011



onale und internationale Ausstrahlung haben bzw. besonders innovativ sind.« Seine Bilanz ist eindrucksvoll: Seit seiner Gründung im Jahre 1999 vergab der Hauptstadtkulturfonds bis Juni 2012 Förderungen für 1502 Projekte im Gesamtvolumen von ca. 126,3 Millionen Euro. Pro Jahr sind 9,866 Millionen Euro zur Vergabe vorgesehen. Dies geschieht auf der Grundlage von Vorschlägen einer sechsköpfigen Fachjury, die der Kurator des Fonds (das ist zur Zeit Hans Helmut Prinzler, der ehemalige Chef des Filmmuseums Berlin) einem »Gemeinsamen Ausschuss« zur Entscheidung vorlegt. Der hat das alleinige Vergaberecht und ist von seiner Zusammensetzung her aufschlussreich: Bernd Neumann (Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien), Klaus Wowereit (Regierender Bürgermeister von Berlin, das Amt des Kultursenators wurde von ihm noch unter rot-rot abgeschafft, er macht das jetzt selbst), André Schmitz (Kulturstaatssekretär Berlin), Ingeborg Berggreen-Merkel (Abteilungsleiterin bei Bernd Neumann) – also insgesamt ein reines Regierungsgremium. Der »Ausschuss« behält sich übrigens die Vergabe von etwa einer Million Euro p.a. als Reservefonds ohne Einbeziehung der Jury oder des Kurators vor.

Nun wäre das alles nicht weiter bemerkenswert, wenn denn der Hauptstadtkulturfonds seiner Aufgabenstellung gerecht werden würde. Er macht dies auch ansatzweise. So fördert er zum Beispiel in diesem Jahr das Projekt »Zerstörte Vielfalt«, mit dem auf beeindruckende Weise 2013 in Berlin an die Opfer des Nationalsozialismus im gesamten Stadtgebiet in vielfältiger Form erinnert wird (200 000 Euro wurden zur Vorbereitung des Projektes auch 2012 schon zur Verfügung gestellt). Vollkommen an seiner Zielstellung vorbei operiert der Hauptstadtkulturfonds allerdings, wenn Staatsminister Neumann die Programmarbeit von Einrichtungen, die er mit dem Hauptstadtkultur-

vertrag in seine Verantwortung übernommen hatte, mit Mitteln aus diesem Fonds in nicht unerheblichem Umfang finanziert. Die Akademie der Künste erhält zusätzlich 70 000 Euro für ein Ausstellungsprojekt, das Haus der Kulturen der Welt 100 000 Euro. Alles Einrichtungen des Bundes... Die Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH (konkret der Martin-Gropius-Bau) erhält aus dem Fonds 2013, 460 000 Euro zur Finanzierung von drei Ausstellungen. Das sind keine einmaligen Aktionen, das ist seit Jahren geübte Praxis, gegen die Kuratoren des Hauptstadtkulturfonds wie Adrienne Goehler, Bernd Wilms und zuletzt Hans Helmut Prinzler immer wieder versuchten anzugehen – und allesamt bei ihren Versuchen scheiterten. »Sonderfonds« sind post-feudales Herrenrecht in Berlin. Da unterscheidet sich die Bundespolitik nicht vom Land Berlin.

In Berlin sind es die Lotto-Mittel (davon geht auch regelmäßig ein nicht unerheblicher Anteil an die eben genannten Institute), über die letztendlich der Regierende Bürgermeister verfügt – der sitzt auch im »Ständigen Ausschuss«. Hauptstadtkulturfonds und »Lotto Berlin« ermöglichen sich auch auf eine wundersame Weise die mitunter erforderliche Kofinanzierung von »Projekten«. Dermaßen parlamentsfern macht sich das leicht. Damit diese merkwürdige Vergabep Praxis auf nicht zu lauten Widerspruch stößt, werden auch Berliner Blößen damit bedeckt. Die Stadt erwies sich als nicht in der Lage, ihre beiden prominenten Literaturfestivals zu finanzieren (das Internationale Literaturfestival Berlin und das Poesiefestival Berlin), also sprang der Hauptstadtkulturfonds mit jährlich jeweils 350 000 Euro ein. Desgleichen finanziert er das Festival »Tanz im August« mit 400 000 Euro (allerdings geht ein relativ hoher HKF-Ansatz auch an freie Tanzprojekte), und die international renommierte Compagnie Sasha Waltz & Guests erhält eine »Regelförderung«



von jährlich 875 000 Euro. Die de-facto-Regelfinanzierung dieser vier vom Land Berlin nicht ausreichend finanzierten Institutionen schlägt also mit jährlich 2 075 000 Euro zu Buche. Da die Zuwendungen an die bereits erwähnten »Bundesinstitutionen« ebenfalls eine Konstante sind, ist davon auszugehen, dass im Durchschnitt (mit dem »Reservefonds«) zirka vier Millionen Euro dem Jury-Verfahren entzogen sind und mehr oder weniger nicht den vertraglich vereinbarten Zwecken (siehe oben) zugeführt werden.

Die Leidtragenden sind in jedem Falle die vielen freien Projekte, deren Träger an den Hauptstadtkulturfonds inzwischen häufig schon keinen Antrag mehr stellen – wozu die Mühen, wenn er doch abgelehnt wird.



Den Schaden hat auch Berlin – wenn die anderen Player im föderalen Spiel um Bundesförderungen den inzwischen zur Routine gewordenen Missbrauch von Hauptstadtkulturfonds-Mitteln zu tatsächlicher oder verdeckter Regelförderung sehen, erhöht das nicht gerade die Bereitschaft, Berlin in anderen Fragen, wo es auf die anderen Bundesländer angewiesen ist, entgegenzukommen. Die LINKE fordert daher einerseits endlich eine größere Transparenz bei den Vergabeentscheidungen und andererseits eine Abkehr von der Praxis dieser Regelförderungen durch Hauptstadtkulturfonds-Mittel.

Und wir sind der Meinung, dass in Vorbereitung auf die 2017 erfolgen müssende Fortschreibung des Hauptstadtkulturvertrages auch das System der ausschließlich durch den Bund geförderten Einrichtungen diskutiert werden muss. Manche wären tatsächlich

originär Berlin-Brandenburgische Angelegenheit. Anderes, was derzeit von Berlin getragen wird, gehörte durchaus in Bundeshand.

So sollten meines Erachtens entsprechend ihrer herausragenden Bedeutung die Berliner Philharmoniker vom Bund vollständig übernommen werden. Berlin trägt drei Opernorchester – darunter die Staatskapelle von inzwischen internationaler Bedeutung. Ein Ausbau des Bundesengagements bei der Staatskapelle wäre unsinnig, weil der Bund dann besser die Berliner Staatsoper komplett übernehmen sollte. Dies wäre aber den anderen Bundesländern im deutschen kulturföderalistischen System nicht vermittelbar. Berlin trägt zudem das Konzerthausorchester und sollte

sein Engagement für die Akademie für Alte Musik intensivieren. Auch die Beteiligung an der Rundfunk Orchester und Chöre GmbH sollte nicht aufgegeben werden. Grundsätzliches Umdenken ist für die Trägerschaft der Stiftung Preußischer Kulturbesitz angesagt. Hier wird in bestem Sinne »nationales Kulturerbe« aufbewahrt. Diese Stiftung gehört zu 100 Prozent in die Trägerschaft des Bundes. Nicht aus kulturpolitischen Gründen argumentierbar hingegen ist, weshalb die Akademie der Künste quasi in der Zuständigkeit der Bundeskulturpolitik liegt. Die Akademie ist eine originär Berlin-Brandenburgische Angelegenheit und gehört wieder in die Trägerschaft dieser beiden Bundesländer. Auch die Internationalen Filmfestspiele Berlin sollten wieder vom Land Berlin übernommen werden. Die »Berlinale« ist ein Berliner Festival – ein Bundesfilmfestival ist eigentlich ein Widerspruch in sich, der aufgelöst gehört.

Kulturland Thüringen

Kulturförderung neu denken

Dr. Birgit Klaubert, MdL
*Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE. im Landtag von Thüringen*

Was zeichnet Thüringen aus? Manchmal habe ich Bedenken, dass Thüringen auf den Thüringer Wald und einige kulinarische Spezialitäten reduziert werden könnte, dass wir uns als kleines Land in der Mitte Europas gar nicht ausreichend bewusst sind, wie reich unser kulturelles Erbe ist und was wir tun können, damit es auch durch die jetzt lebende Generation gemehrt wird.

Wer von Westen nach Thüringen kommt, erreicht die Wartburgstadt Eisenach. Die Burg thront auf ihrem Berg, wird häufig besucht, erzählt die Geschichte der Heiligen Elisabeth, der sogar eine Landesausstellung gewidmet wurde und kündigt vom Tintenfass, welches Luther bei seinem Aufenthalt nach

können. DIE LINKE stellt seit dem Sommer 2012 die Oberbürgermeisterin dieser Stadt. Diese möchte sehr gern, dass das Theater in Eisenach auch in der Zukunft spielen darf. Doch Kultur ist »freiwillige Aufgabe« und die Strukturentscheidungen der vergangenen Jahre haben der kleinen Stadt eine unsinnige Kreisfreiheit beschert. Die Einnahmequellen sprudeln nicht so richtig und so steht das Theater immer wieder zur Disposition. Sparen soll man in Eisenach, was eigentlich heißt, die öffentlichen Aufgaben zusammenzustricken. Und da ist mancher gern bereit, das Theater zu schließen. Es rechnet sich nicht und man hat ja so viel andere Kultur...und eben die Wartburg.

Weiter in Richtung Osten kommt man nach Erfurt. Hier wurde durch Zufall eine Kostbarkeit gefunden, der Erfurter Judenschatz. Die Stadt hat diesen gut herausgeputzt und ihn in der Alten Synagoge



dem Teufel geschmissen haben soll. Ja, die Wartburg ist bekannt, sie ist in der Trägerschaft einer Stiftung mit einem Burghauptmann, der gleichzeitig der Vorsitzende des Thüringer Museumsverbandes ist. Die Wartburg ist Weltkulturerbe und die Stadt Eisenach zu ihren Füßen kämpft darum, mit den knappen Finanzen ihre Kulturaufgaben erledigen zu

ausgestellt. Zusammen mit einer Mikwe zeugt er von der mittelalterlichen Besiedlung durch die jüdische Bevölkerung, die allerdings schon damals durch ein Pogrom zunächst völlig vernichtet wurde. Erfurt hat vieles an Kultur zu bieten, vom Dom über den Petersberg, die wundervolle Altstadt, das neu gebaute Opernhaus und die zahlreichen freien

Kunst- und Theatergruppen. Die letztgenannten haben es am schwersten. Sie arbeiten meist ohne institutionelle Förderung, aber mit ungeheurem Engagement. Das Jugendtheater Schotte hat vor einigen Jahren gemeinsam mit dem Jugendtheaterprojekt 3K Mühlhausen den Thüringer Kulturpreis erhalten. Die Förderung erfolgt im Wesentlichen aus der kommunalen Hand. Und da schaut man schon ganz begehrllich auf die »großen Beträge«, die das Theater Erfurt aus der Landes- und der kommunalen Kasse erhält.

Reist man nun in Richtung Osten, erreicht man Weimar, die Stadt mit den zwei Gesichtern. Unten in der Stadt atmet der Geist der Klassiker, auf dem Ettersberg der schwarze tödliche Geist von Buchenwald. Weimar war im Jahr 1999 Kulturstadt Europas. 2019 jährt sich die Gründung des Bauhauses zum 100. Mal. Die Bundesrepublik finanziert zwar die Stiftungen Weimarer Klassik und die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau/Dora mit, bei ihrer Verantwortung für Weimar als Ort und Namensgeberin der Weimarer Nationalversammlung hält sie sich aber zurück. Die Idee eines Zentrums der Demokratie, welches in der Mitte der Stadt das humanistische Erbe auch in Konfrontation mit der Geschichte des Nationalsozialismus bringen könnte, gibt es, doch zur Umsetzung braucht es noch viele Schritte.

Und weiter nach Osten kommen wir in die Otto-Dix-Geburtsstadt Gera, deren Bewohnerinnen und Bewohner sich nicht so recht mit dem Erbe dieses bedeutenden Malers anfreunden wollen. Ein Kunsthaus wollte man einrichten und aus einem früheren Geldinstitut einen Magneten für moderne Kunst und für Künstlerinnen und Künstler sowie für die Einwohnerinnen und Einwohner sowie Gäste schaffen. Nicht nur die knappen Kassen werden das wohl unmöglich machen, sondern auch die breite Meinung, dass das Geld an anderer Stelle besser eingesetzt wäre. Kunst wird eher als Last, denn als Lust empfunden.

Im östlichsten Thüringen finden wir die über 1000-jährige Residenzstadt Altenburg. Ihr Lindenau-Museum gehört zu den Blaubucheinrichtungen, in dem die bedeutendsten Kultureinrichtungen der bis 1990 bestehenden DDR zusammengefasst sind. Dringend wäre hier der barrierefreie Ausbau nötig, wie auch bei so vielen anderen Kultureinrichtungen im Land. Das Lindenau-Museum befindet sich am Fuße des Schlossberges und ist in der Trägerschaft des Landkreises. Die prächtige Schlossanlage allerdings gehört der Stadt Altenburg. Im Landkreis und der Stadt leben die Menschen in Thüringen, die über das geringste Einkommen verfügen. So sind auch die kommunalen Kassen weitestgehend leer, noch dazu, wo man sich im Jahr 2012 dafür entschied, für weitere vier Jahre einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Finanzierung des einzigen Fünf-Sparten-Theaters in Thüringen zu leisten. Fast 300 Beschäftigte aller Sparten arbeiten an diesem

Theater mit seinen Produktions- und Spielorten Altenburg und Gera.

Eisenach, Erfurt, Weimar, Gera, Altenburg ... dies entspricht übrigens annähernd der alten Via regia. Doch Thüringens Ausdehnung von Nord nach Süd würde ebenso vom kulturellen Reichtum des kleinen Landes zeugen.

Es lässt sich also festhalten, dass Thüringen allerorten Kultur atmet. Nur was tun mit dieser Dichte, die immer wieder aufgrund der finanziellen Situation zur Disposition gestellt wird? Die Frage ist, ob ein Kulturfördergesetz für Thüringen die Wahrnehmung des kulturellen Erbes und Aufbruchs sowie die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Kultur ändern würde. Die Regierungskoalition aus CDU und SPD haben es unlängst in ihrem Landeskulturkonzept mit »Nein!« beantwortet. Kultur dürfe nicht mit Zwang verbunden werden. Das ist einfach gedacht und doch steckt Wahrheit in dieser nüchternen Betrachtungsweise.

Den Zwang erleben aber eben die Kunst- und Kulturschaffenden sowie die Kultureinrichtungen samt kommunaler Träger, die ohne Planungssicherheit und mit dürftiger Finanzausstattung mittlerweile in den Konkurrenzkampf zueinander treten müssen. Gleichzeitig soll ihnen der Spagat zwischen »hoher Kunst« und nachhaltiger Wirkung in die breite Gesellschaft gelingen – ganz zu schweigen von der notwendigen Beweisführung anhand von Evaluationen, vielen aufgeschlüsselten Zahlen und dem Zwang, sich immer wieder profilieren zu müssen, um ein Stück vom Kuchen abzubekommen.

Der Kulturkannibalismus hat längst in Thüringen Einzug gehalten und es gibt für mich nur einen Weg: Das System muss grundlegend verändert werden. Thüringen braucht ein Kulturfördergesetz! Doch es kann keines sein, das oktroyiert, bestimmte Strukturen festschreibt, die wiederum andere längst natürlich gewachsene Vernetzungen unterwandert oder gar zerstört. Es muss auch Raum sein für natürliche Verbindungen, für Kreativität und für das Wollen einer gemeinsamen Sache.

Vor diesem Hintergrund empfinde ich regionale Kulturentwicklungskonzeptionen als einen ersten wichtigen Schritt. Nach und nach werden Kommunen und Landkreise ihre kulturelle Diversität als Brückenschlag benutzen und so auch den Weg für eine Struktur vorbereiten, die in einem Kulturfördergesetz widerspiegelt werden kann. Dann kann man auch gezielt über ein Mehr an Geld im System verhandeln und über den von uns favorisierten solidarischen Kulturförderausgleich alle Kommunen und Landkreise einbeziehen.

Der Weg ist lang, aber nicht ungebar. Und zukünftige Generationen könnten dann den Ausspruch vom »Land der Dichter und Denker« nicht nur als althergebrachte Phrase begreifen, sie würden zum Teil des kreativen Ganzen.

DER GEIST VON GOTHA

25. Juni 2010

11-18 Uhr

Schloss Friedenstein Gotha



FANTASIEN für den Frieden

Klaus-Dieter Böhm
Hans-Ernst Böttcher · Martin Eberle
Michel Friedman · Heinz Glässgen
Lutz Görner · Gregor Gysi
Hannes Heer · Markus Heinzemann
Rabbiner Walter Homolka
Luc Jochimsen · Propst Siegfried
Kasparick · Birgit Klaubert
Knut Korschewsky
Iwona Kozłowska
Knut Kreuch · Sewan Latchinian
Aiman Mazyek · Norman Paech
Rüdiger Schmidt-Grépály · René Strien
Peter Strutynski
Ordinariatsrat Winfried Weinrich

**Kultur
neu denken**
Frieden – Macht – Freiheit

Eine Veranstaltung
der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
und der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Für eine Kultur des Friedens

Grundlinien linker Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik

Stefan Liebich, MdB

*Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und stellv.
Mitglied im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und
Bildungspolitik*

»Kultur ist das Vergnügen, die Welt zu verändern.«

Bertold Brecht

Die schwarz-gelbe Koalition hat einen Paradigmenwechsel in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Vergleich zu ihren Vorgängerregierungen vollzogen. Jetzt stehen nicht mehr Dialoge, als ergebnisoffene Austauschprozesse, im Mittelpunkt des kulturellen Handelns Deutschlands. Stattdessen wird die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik als Instrument der Interessenvertretung in der deutschen Außenpolitik verstanden. »In der Zeit der Globalisierung muss der Westen zu mehr Geschlossenheit finden, um seine Interessen durchzusetzen und gemeinsame Werte zu bewahren.«, so heißt es schon im schwarz-gelben Koalitionsvertrag. Den deutschen Kultureinrichtungen und Mittlerorganisationen, wie dem Goethe-Institut, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, der Humboldt-Stiftung und den deutschen Auslandsschulen wird die Rolle von »Brücken unserer werteorientierten Außenpolitik« zugewiesen.

Noch klarer wird dies im Konzept des Auswärtigen Amtes von 2011 mit dem Titel: »Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in Zeiten der Globalisierung – Partner gewinnen, Werte vermitteln, Interessen vertreten«. Dort heißt es: »Es geht für Deutschland darum, Einfluss in der Welt zu sichern und die Globalisierung verantwortlich mitzugestalten. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) kann als »cultural diplomacy« mehr denn je einen substanziellen Beitrag dazu leisten.«

In diesem Konzept ist eine strategische Neuorientierung enthalten, mit der es im Kern darum geht, nationale Interessen und Einflüsse in der Welt zu sichern, Menschen für Deutschland und seine Werte und Ideen zu gewinnen.

Eine Kultur- und Bildungspolitik, die derart offensichtlich den Stempel der politischen Absicht trägt, wird Vermittlungsziele nicht erreichen und ignoriert den Selbstzweck von Kultur und Bildung. Und es wird verkannt, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik die wichtigste Stütze eines gemeinsamen Ziels ist: Konflikte in der Welt zu minimieren und Frieden zu schaffen.

Wir alle teilen die Hoffnung, dass interkultureller Austausch und Dialog mit dazu beitragen können, Konflikte zu minimieren, ihnen evtl. vorzubeugen und damit auch der Friedenssicherung dienen. Dass wir

damit aber immer auch Gefahr laufen, dieses Politikfeld zu überfordern, wenn dies nicht klares Anliegen der gesamten Politik ist, liegt auf der Hand. Insofern ist für uns als Linke der entscheidende Punkt, dass unsere Außenpolitik insgesamt eine friedliche ist, und wir uns nicht an Kriegseinsätzen beteiligen. Eine noch so gute Kulturpolitik kann nicht reparieren, was durch Kriegseinsätze verlorengeht – auch an Glaubwürdigkeit unserer eigenen Politik.

Im Mittelpunkt einer auswärtigen Kulturpolitik muss dementsprechend das gemeinsame Interesse an Frieden, Entwicklung und menschlicher Sicherheit für jeden stehen und nicht das Interesse eines einzelnen Staates, in diesem Falle Deutschlands. Gerade in einer Zeit, in der es weltweit noch mehr als 30 Kriege und Konflikte gibt, muss Deutschland neben der Entwicklungspolitik auch zu einer weltweiten Politik der Verständigung beitragen. Vorrangig sollten hier die Konflikt-Regionen bearbeitet werden. Denn wenn Kultur in Zeiten des Krieges – wie zum Beispiel in Afghanistan – gar nicht mehr stattfinden kann, dann ist es nahezu unmöglich, ein Land überhaupt wieder aufzubauen, geschweige denn ein demokratisches System einzuführen. In Afghanistan hat die jahrelange militärische Präsenz das Land und seine Bewohner bis in seine Grundfesten zerstört. Nur eine sensible Entwicklungs- und Kulturpolitik kann dem Land wieder zum Frieden verhelfen.

Laut Koalitionsvertrag sollte die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in dieser Legislatur finanziell bestmöglich ausgestattet werden. Davon kann real keine Rede sein. In Bezug auf die Goethe-Institute geschah das Gegenteil. Deren Budget ist in den letzten Jahren fortlaufend gekürzt worden. Insbesondere die für Dialog und Verständigung so wichtige Sprachförderung des Goethe-Instituts geriet dabei ins Visier der Haushaltssaniierer. Die Mittelkürzungen haben ganz konkrete Folgen für die Präsenz in den Regionen. So hatte die Bundesregierung schon im Jahre 1991 in Aussicht gestellt, eine Zweigstelle des Goethe-Institutes in Windhuk »möglichst bald« zu eröffnen. Aber das ist bis heute nicht geschehen. Es gibt nur ein Goethe-Zentrum mit minimaler finanzieller Ausstattung. Dabei gäbe es für ein Goethe-Institut in Namibia so viel zu tun. Themen wären ein Deutsch-Namibisches Jugendwerk, orientiert am Deutsch-Französischen Jugendwerk, oder die Arbeit an einem gemeinsamen Geschichtsbuch.

Kultur ist ohne Frieden nicht denkbar, Frieden ohne Kultur ebenso. Für DIE LINKE ist auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in all ihren Facetten Bedingung für eine langfristig angelegte Konfliktprävention, also Friedenspolitik. Wir müssen den Mut und die Lust aufbringen, diese Veränderung zu bewirken.

Europa als kulturelles Projekt

Prof. Dr. Lothar Bisky, MdEP
stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Bildung im Europäischen Parlament
Heiko Hilker

Der nachfolgende Beitrag ist eine leicht gekürzte Fassung des Referats von Lothar Bisky auf dem Kulturforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema »Provinz versus Provinzialität. Grenzen. Grenzüber-schreitung. (Inter)kulturelle Bildung« am 4. Mai 2013 in Schwedt.

Wenn wir über Europa als kulturelles Projekt reden, müssen wir uns zwei Fragen stellen.

Die erste Frage ist: Worauf zielt das kulturpolitische Engagement der Europäischen Union?

Und die zweite Frage lautet: Welche Botschaft kann Europa auf der Grundlage seiner humanistischen Tradition heute anbieten, wenn es um ein Verstehen der grundsätzlichen Probleme der globalen Welt geht?

Zur ersten Frage: Nach dem Vertrag von Lissabon ist es ein Ziel, einen »gemeinsamen Kulturraum der

und Kreativwirtschaft in der Wirtschaftskrise ist für die Kommission der wesentliche Grund, diesen Sektor bis 2020 verstärkt zu fördern. Es geht ihr darum, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und das Exportpotential zu steigern. Vor allem diesen beiden Zielen dient das kulturpolitische Engagement der Europäischen Union. Leider.

Kommen wir zur zweiten Frage, welche Botschaft Europa auf der Grundlage seiner humanistischen Tradition heute anbieten kann, wenn es um ein Verstehen der grundsätzlichen Probleme der globalen Welt geht. Können wir, so frage ich, unsere humanistischen Traditionen heranziehen, um aktuell europäische Antworten auf die Globalisierung zu finden? Es mag verwundern, dass ich, wenn die Rede vom kulturellen Dialog ist, sofort humanistische Grundlagen für das europäische Identitätsverständnis benenne.

Doch ich will an folgende Debatte erinnern: Mit der Jahrtausendwende waren die Europäische Union und Ihre Mitgliedsstaaten noch hoffnungsvoll um eine Verfassung bemüht – eine, die nach Symbolen, Hymnen und Flaggen suchte.



europäischen Völker« zu schaffen. Das Kulturleben in den Mitgliedstaaten soll gefördert, dabei die nationale und sprachliche, kulturelle und künstlerische Vielfalt Europas gewahrt bleiben.

Leider, so musste ich feststellen, sieht die Europäische Kommission in der letzten Zeit Kultur vor allem als Wirtschaftsfaktor. Wie komme ich darauf? Im September 2012 hat die Kommission eine Mitteilung veröffentlicht. Ihr Titel: »Die Kultur- und Kreativwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung in der EU unterstützen«. Beim Lesen wird einem schnell klar: Die Kommission interessiert sich vor allem für das Wachstumspotenzial des Kultur- und Kreativwirtschaftssektors. Die Widerstandsfähigkeit der Kultur-

2003 dann, hielt die damalige CDU-Vorsitzende, Angela Merkel, eine Rede über die Zukunft Deutschlands. Darin erklärte sie, dass der – selbstredend christliche – Gottesbezug in der zukünftigen europäischen Verfassung verankert sein müsse. Sie war europaweit nicht die einzige Politikerin, die so dachte.

Ja, die Bedeutung der christlichen Religion in der europäischen Kultur ist immens. Das wird niemand in Abrede stellen, egal ob Christen, Muslime, Aleviten oder Agnostiker.

Doch eine Wertedebatte um Europa hat andere Dimensionen und ist mit einem Gottesbezug höchst eingengt. Europas Geschichte und Identität beginnt

nicht mit Kaiser Augustus' Anerkennung einer Sekte als Staatsreligion. Der mythische Götterhimmel der Griechen war ebenso viele Jahrhunderte prägend. Er hat arabische und afrikanische Wurzeln verarbeitet und gibt uns auch heute manches Rätsel auf.

Nachdem der Mythos als allumfassendes kulturelles Bewusstsein zerbrach, waren immer mehrere Religionen in Europa zu Hause.

ischer Identität. Sie könnten durchaus auch eine Basis für die Antworten auf globale Herausforderungen sein.

Doch die Freiheit der Märkte wurde drei Jahrzehnte lang von führenden Politikerinnen und Politikern zur Lichtgestalt des politischen Wertekanons ernannt. Mit großem Eifer wurde so der Zusammenhang zwischen Freiheit, Gleichheit und Solidarität in eine seltsame Rangfolge verkehrt.

LINKE KULTUR

Aus der Krise der hellenischen Mythologie entsprang überdies nicht nur das Christentum, sondern auch die europäische Philosophie, der Ursprung im Widerspruch, im Unbestimmten oder in den Atomen.

All dies hat – genau wie der christliche Glaube – die Aufklärung des 18. Jahrhunderts tief beeinflusst.

Doch zurück zur Vorsitzenden der CDU, zurück ins Jahr 2003: Vergessen wir nicht: Der Gottesbezug in der europäischen Verfassung war damals für Frau Merkel auch Teil der Begründung, die Türkei aus Beitrittsverhandlungen herauszuhalten.

Zwei Jahre später bekam Frau Merkel eine Antwort auf diese Debatte vom Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk – mitten in ihrem eigenen Lande. In seiner Rede bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels betonte er:

»In all den Romanen, die ich in meiner Jugend las, wurde Europa nicht über das Christentum definiert, sondern vielmehr über den Individualismus. Europa wurde mir auf attraktive Weise durch Romanhelden vermittelt, die um ihre Freiheit kämpfen und sich verwirklichen wollen.« (soweit Orhan Pamuk)

Freiheit, Gleichheit, Solidarität, die Werte der Aufklärung sind für mich der entscheidende Bezugspunkt europä-

Politische Freiheit und Demokratie sind ohne Gleichheit und Solidarität spürbar in Gefahr. Und ich finde, dass gilt nicht nur vor Ort – hier in Europa. Das gilt weltweit.

Kultureller Dialog hat diese Erfahrung zu verarbeiten, egal mit welcher Konfession oder Weltanschauung ich in die Debatte der Gegenwart und der Zukunft komme.

Doch es ist zu klären, wessen Freiheit wir in Europa meinen, wenn wir Freiheit berechtigt hochhalten.

Stellt man Freiheit in den Kontext europäischer Geschichte, so stößt man auf ein Element, auf das uns der amerikanische Publizist Jeremy Rifkin gern aufmerksam macht.

Er hält im schwer bestimmbareren »europäischen Traum« Kooperation und Vielfalt für die zentrale kulturelle Erfahrung unseres Kontinents.

Hingegen erklärt er Wettbewerb und Assimilation für die Substanz des amerikanischen Traums. Dieser war Jahrhunderte ein Erfolgsmodell.

Doch mittlerweile, so stellte Jeremy Rifkin 2007 fest, ist dieses amerikanische Identitätsverständnis den neuen globalen Herausforderungen nicht mehr gewachsen.

Welche Botschaft kann Europa auf der Grundlage seiner humanistischen Tradition heute anbieten, wenn es um ein Verstehen der grundsätzlichen Probleme der globalen Welt geht?

Kooperation und Vielfalt, sind, so finde ich, eine gute Antwort. Über Jahre hinweg zeigte sich dies in Europa, dessen Gesellschaften offener, toleranter wurden. Doch leider muss ich heute konstatieren, dass wir vor einigen Jahren, vor der sogenannten »Schulden- und Finanzkrise« schon weiter waren. Mit Bedauern, ja sogar Erschrecken höre und lese ich solche Zuweisungen wie »faule Griechen«, »korrupte und neureiche Russen«, »arme Bulgaren« usw. So wird eine neue Furcht geschürt. So wird Islamfeindlichkeit befördert.

Und so müssen wir uns neu die Frage stellen, wo sich in Europa Kooperation und Vielfalt wiederfinden können? Aus meiner Sicht sind es vor allem die konkreten Projekte vor Ort.

Europa ist vielsprachig. Europa ist der Kontinent der Übersetzungen. Da eröffnen gerade Dialoge zwischen den Sprachen andere Denkweisen, Ansichten und Lebensweisen. Manchmal erschließen sich diese erst nach Jahren. Oftmals bleiben diese nur denen nicht verborgen, die in mehreren Sprachen denken müssen, wollen und können. Ja, und so muss Europa ein Kontinent des interkulturellen Dialogs sein.

Im Jahre 2005 wurde die UNESCO-Konvention zur Kulturellen Vielfalt verabschiedet. Seitdem ist völkerrechtlich vereinbart, dass regionale Kulturen ein Recht auf Schutz und Förderung haben. Doch die Debatten um den Doppelcharakter der modernen Kulturen beschäftigen uns weiterhin. Sie sind eben immer noch einerseits Ware wie auch andererseits Träger von Werten, Orientierungen und Traditionen.

Ich wünschte mir, dass sich Medien und Politik, Kultur und Wissenschaft in einer öffentlichen Debatte über Kulturwaren und Kulturwerte auf einander zu bewegen würden. Dies wäre schon ein Stück gelebte kulturelle Vielfalt. Damit wäre der Konvention im Ansatz gefolgt, denn sie offenbart einen weiten Kulturbegriff, der mehr die Lebensweise der Menschen betrifft – als sich auf Kunst einzuschränken.

Diesen weiten Kulturbegriff sollten wir sehr ernst nehmen, denn dann öffnet sich ein ganzer Kosmos politischer Gestaltung des interkulturellen Dialogs. Wir müssen die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen berücksichtigen, Raum für traditionelle wie auch moderne Lebensstile lassen.

Wenn wir kulturelle Vielfalt fördern wollen, müssen wir zwei Bereiche betrachten: Erstens die Rahmenbedingungen und Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden sowie zweitens die Bildungs- und Medienlandschaften insgesamt.

Damit wird der bisherige Horizont praktizierter Kul-

turpolitik in den Ländern und in Europa gesprengt. Denn wir lernen schnell, dass Urheberrecht, Fernsehrichtlinien, Filmförderung, Bildung und Wissenschaft auch struktur- und wirtschaftspolitische Elemente haben. Oftmals stehen handfeste Wirtschaftsinteressen großer Verlagshäuser und Medienkonzerne hinter politischen Entscheidungen.

Kulturelle Äußerungen sind in marktwirtschaftliche Zusammenhänge eingebunden. Dies war durchaus auch eine historische Basis ihrer Demokratisierung und Internationalisierung, der Entstehung von massenkulturellen Erscheinungen. Dies hatte und hat negative wie positive Seiten.

»Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit« widerspiegelt sich nicht nur in neuen massenkulturellen Kommunikationsformen, wie Film und Rockmusik. Es hat auch neuartige ästhetische und kulturelle Kompetenzen hervorgebracht. Die neuen Technologien ermöglichen Massen einen breiten Zugang, wie auch dem einzelnen den Zugang zu einem massenhaften Publikum. Doch die Möglichkeit wird nicht für jeden zur Wirklichkeit.

Ich möchte zugleich Folgendes betonen: Kulturelle Äußerungen sind immer ein Moment der regionalen Identitätsfindung, des Selbstbewusstseins und der lokalen wie weltumspannenden Erzählungen. Sie sind öffentliche Güter der Völker und die Möglichkeit ihrer Aneignung ist ein Menschenrecht.

Sie dürfen nicht allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien betrachtet und behandelt werden, sondern bedürfen des Schutzes und der öffentlichen Förderung. Daraus ergibt sich zweierlei:

Im internationalen Rahmen müssen wir uns erstens dafür einsetzen, dass der Doppelcharakter kultureller Güter Berücksichtigung findet. Dies zeigt sich aktuell, da das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA neu verhandelt wird. Dabei geht es auch wieder einmal um die Stellung von Kultur und Medien und die Frage, ob diese eine Sonderstellung haben sollen. Nur eine knappe Mehrheit des Ausschusses Internationaler Handel im Europäischen Parlament plädierte vor kurzem dafür, Kultur und Medien nicht dem reinen Freihandel auszusetzen. Und die europäischen Wirtschaftsminister werden am 14. Juni 2013, darüber entscheiden, ob Kultur und Medien weiterhin eine Sonderstellung haben sollen.

Zweitens müssen wir in der europäischen Politik weiter darauf drängen, dass Kulturpolitik in unserem Kontinent sich den gewachsenen Anforderungen eines interkulturellen Dialogs stellt und an interkultureller Bildung orientiert.

Wenn es um Frieden geht, so geht es nicht ohne den Dialog der Kulturen. Vor Ort, in der Kommune wie auf allen anderen Ebenen.

Damit wird Europa zum interkulturellen Projekt.

Nachwort

»Zukunft ist ein kulturelles Programm« – mit dieser Kurzformel fasste Hilmar Hoffmann 1997 die Bedeutung von Kultur und Kulturpolitik für die Gesellschaftsgestaltung zusammen.¹ Nicht nur Ökonomie und Technik entscheiden über die Richtung, in die sich die Gesellschaft entwickelt, sondern vor allem die Art und Weise, wie wir mit den neu erschlossenen Möglichkeiten umgehen. Die zukünftige Lebensweise und das politische Handeln der Menschen wird entscheidend geprägt von ihrem jeweiligen Wertehintergrund, von ihren Vorstellungen über ein gutes Leben – von ihrer Kultur.

Kultur umfasst nach unserem Verständnis die Gesamtheit von Ideen, Wertvorstellungen, Ausdrucks- und Lebensformen, die Gesellschaften und soziale Gruppen miteinander verbinden und voneinander unterscheiden.² Die Verständigung über die Werte und Ziele unseres Handelns in den Künsten, den Medien und vielfältigen kommunikativen Formen ist unverzichtbar. Deshalb ist Kultur für uns keine Nebensache, sondern ein entscheidender Faktor unseres politischen Handelns.³ Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik und Zukunftspolitik.

Zwar gehört Kultur nicht zum Markenkern der Linken, als einer Partei, die entsprechend ihrer Traditionen für soziale Gleichheit und Partizipation aller eintritt. Dennoch ist es ein nur scheinbar außerhalb der sozialen Frage liegendes Thema, verdeutlicht Gregor Gysi in dieser Publikation. Letztlich hatte Kultur immer einen

hohen Stellenwert in der Linken, wie die Kontroversen zu diesem Thema in den verschiedenen Etappen der Bewegung zeigen. Und Oskar Lafontaine hebt ihre Be-



»Sisyphos macht Pause« von Siegfried Schütze, 2009

deutung für das Selbstverständnis der Linken und für die Schaffung einer neuen Lebensweise und humanen Form des Zusammenlebens hervor.

Ja, das K in DIE LINKE steht für Kultur, kann Katja Kipping selbstbewusst den Stellenwert von Kultur und Kulturpolitik in der Linken beschreiben. Und das gilt vor allem für die Bundestagsfraktion, deren parlamentarische Arbeit nicht zuletzt auf den Anregungen gründet, die sie in der Kommunikation mit Künstlerinnen und Künstlern, Verbänden und Initiativen aus dem Kulturbereich gewonnen hat. Die Bilanz der Bundestagsfraktion in der Kultur- und Medienpolitik kann sich sehen lassen. Das wird nicht nur schlechthin an der Vielzahl von Anträgen, Gesetzentwürfen und Anfragen deutlich, von denen wir eine kleine Auswahl im Anhang auflisten. Das wird vor allem darin deutlich, auf welches Ziel sich diese Aktivitäten konzentrieren: Kultur für alle – von Anfang an. Kulturelle Vielfalt und Teilhabe aller ist das gemeinsame Anliegen aller

¹ Vgl. Hoffmann, Hilmar: Zukunft ist ein kulturelles Programm. In: Brockhaus Kunst- und Kulturgeschichte Bd. 1, Mannheim 1997, S. 11-14.

² Wir folgen damit dem UNESCO-Kulturverständnis. Seit der UNESCO-Kulturkonferenz von Mexiko 1982 wird international eine an anthropologischen und ethnologischen Begrifflichkeiten angelehnte Definition von Kultur benutzt, in der die Kultur als Gesamtheit der unverwechselbaren geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Eigenschaften angesehen wird, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen, und die über Kunst und Literatur hinaus auch Lebensformen, Formen des Zusammenlebens, Wertesysteme, Traditionen und Überzeugungen umfasst. Vgl. Erklärung der UNESCO-Weltkonferenz über Kulturpolitik in Mexiko-City 1982.

³ Vgl. Programm der Partei DIE LINKE. Beschluss des Parteitag der Partei DIE LINKE vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, digitale Fassung verfügbar unter: <http://www.die-linke.de/partei/dokumente/programmderpartei/dielinke/> Weitere Informationen zu den kulturpolitischen Positionen und den kulturellen Aktivitäten der LINKEN sind zu finden unter: <http://www.die-linke.de/politik/kultur/>

Initiativen. Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit wie der Zukunftsfähigkeit dieser Gesellschaft. Das wird in allen Beiträgen dieser Publikation deutlich. Ein Kernthema ist dabei die soziale und wirtschaftliche Lage der Kreativen, die dringend der Verbesserung bedarf.

Linke Kultur- und Medienpolitik in Bund und Ländern und im Europäischen Parlament richtet sich mit einem ressort- und ebenenübergreifenden Ansatz auf die Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für kulturelle Arbeit. Wir streiten für den Erhalt und die Ausgestaltung öffentlicher Förderung. Wir wenden uns gegen eine zunehmende Ökonomisierung und Festivalisierung von Kulturpolitik, wie sie nicht nur auf kommunaler Ebene (siehe Beitrag von Norbert Hackbusch) sondern vor allem auch auf der europäischen Ebene (siehe Beitrag von Lothar Bisky) zu beobachten ist. Dabei ist – wie die Beiträge dieser Publikation zeigen – ein breit gefächertes Themenspektrum zu bearbeiten, das von der kulturellen Bildung über die Kulturförderung, die Kultur- und Kreativwirtschaft, die städtische Kultur, Film, Medien und Internet bis hin zur Europäischen und Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik reicht. Im Bund geht es neben der Finanzierung vor allem um rechtliche Rahmenbedingungen, wie das Steuer- und Gemeinnützigkeitsrecht, das Urheberrecht und die Sozialgesetzgebung.

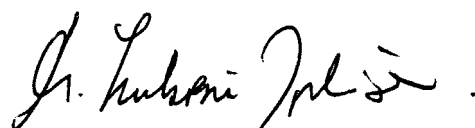
Das Gewicht der Bundeskulturpolitik hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten erheblich vergrößert. Sie hat vor allem auf der Basis von Artikel 35 des Einigungsvertrages an Kompetenzen hinzugewonnen. Kultur ist nach wie vor wesentlich Sache der Länder und Kommunen. In zunehmendem Maße aber tritt der Bund als Förderer von Kunst und Kultur überregionaler Bedeutung neben diese Hauptakteure. Wir sehen darin keine Gefahr für den Föderalismus. Kulturelle Vielfalt lässt sich nur im Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen sichern. Deshalb treten wir für eine weitere Ausgestaltung des Kooperativen Kulturföderalismus ein. Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz, Wegfall des sog. Kooperationsverbotes im Bildungsbereich und Aufnahme einer Gemeinschaftsaufgabe Kultur ins Grundgesetz lauten unsere wesentlichen Forderungen. Künftig sollten ein Bundeskulturminister mit Kabinettsrang und ein Kulturministerium die Belange der Kultur gegenüber den anderen Ressorts sowie auf europäischer Ebene wirksamer wahrnehmen. Notwendig ist vor allem ein klares Konzept für die Bundesförderung und ein größeres Maß an Transparenz, das zeigt der Beitrag von Wolfgang Brauer zur Hauptstadtkulturförderung deutlich. Deshalb fordern wir einen Kulturbericht und ein Kulturkonzept des Bundes.

Gerade wir als Linke brauchen einen langen Atem zur Durchsetzung unserer Forderungen. Das geht aber nicht nur uns so. Zu Recht weist Rosemarie Hein in ihrem Beitrag darauf hin, dass ein Großteil der parteiübergreifend ausgearbeiteten Handlungsempfehlun-


gen der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«⁴ zur kulturellen Bildung bis heute nicht umgesetzt ist. Das trifft auf die Mehrzahl der im Abschlussbericht insgesamt enthaltenen Empfehlungen zu. Noch immer haben wir kein Staatsziel Kultur. Noch immer hat sich an der prekären Situation von Kreativen nichts verändert. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Zu beachten ist dabei, dass sich sowohl die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als auch die Formen kultureller Arbeit in den letzten Jahren entscheidend verändert haben. Genannt sei hier beispielhaft nur die Digitalisierung, deren weitreichende Auswirkungen für den kulturellen Bereich wir gerade erst zu analysieren beginnen. Die Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft«⁵ hat dazu einen Beitrag geleistet, aber auch gezeigt wie viele Fragen noch offen sind. Wir als Linke sollten die Digitalisierung mehr als Chance, denn als Risiko begreifen, darauf weist Petra Sitte in ihrem Artikel hin. Das Internet schafft Raum für kritische Gegenöffentlichkeiten. Vor allem aber eröffnet es neue Möglichkeiten kultureller Teilhabe. Eine der wichtigsten Aufgaben der LINKEN in der neuen Legislaturperiode wird es sein, einen Rahmen für die Nutzung des Netzes zu schaffen, der die Teilhabe aller an Information, Wissenschaft, Bildung und Kultur sichert und zugleich gewährleistet, dass Kreative von ihrer Arbeit leben können.

»In der Kulturpolitik, wenn wir sie links verstehen, geht es darum, andere Organisationsformen des Zugangs zu immateriellen Gütern zu verwirklichen und auszubauen, die jenseits der Grundlage unmittelbarer Anbieter-Käufer-Beziehung bestehen. Denn sie ermöglichen mehr soziale Gleichheit im Zugang zum kulturellen Leben.« – schreibt Gregor Gysi und folgert zu Recht: »Der letzte Zweck von Politik – auch von linker – muss ein Mehr an Kultur sein.«



Dr. Lukrezia Jochimsen
Kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. und Obfrau im Ausschuss für Kultur und Medien



Dr. Annette Mühlberg
Referentin für Kulturpolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

⁴ Vgl. Deutscher Bundestag 2007, Schlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«, Bundestags-Drucksache 16/7000

⁵ Vgl. Deutscher Bundestag 2013, Schlussbericht der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft«, Bundestags-Drucksache 17/12550. Vgl. insbesondere die Ergebnisse der Projektgruppen: Kultur, Medien und Öffentlichkeit (Drucksache 17/12542), Urheberrecht (Drucksache 17/7899) und Medienkompetenz (Drucksache 17/7286)

Parlamentarische Initiativen

der Fraktion DIE LINKE im Kultur-, Medien-, und Bildungsbereich (Auswahl)

Kultur gut stärken – Staatsziel Kultur im Grundgesetz verankern

Drucksache 17/10785 (neu)

»Soforthilfeprogramm Kultur« zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur einrichten

Drucksache 17/552

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Stärkung der vertraglichen Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern

Drucksache 17/11040

Das System der Verwertungsgesellschaften grundlegend modernisieren

Drucksache 17/11043

Rechtliche und finanzielle Voraussetzungen für die Zahlung einer Ausstellungsvergütung für bildende Künstlerinnen und Künstler schaffen

Drucksache 17/8379

Arbeitslosengeld statt Hartz IV – Zugang zur Arbeitslosenversicherung erleichtern

Drucksache 17/8586

Finanzierung zur Bewahrung des deutschen Filmerbes endlich sicherstellen

Drucksache 17/11007

Entwurf eines Gesetzes zur Ermöglichung der privaten Weiterveräußerung unkörperlicher Werkexemplare

Drucksache 17/8377

Entwurf eines Gesetzes zur Begrenzung der Haftung und der Abmahnkosten bei Urheberrechtsverletzungen

Drucksache 17/6483

Die Chancen der Digitalisierung erschließen – Urheberrecht umfassend modernisieren

Drucksache 17/6341

Die Digitalisierung des kulturellen Erbes als gesamtstaatliche Aufgabe umsetzen

Drucksache 17/6096

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes – Einbeziehung von Kindertagesbetreuungseinrichtungen in die Schrankenregelungen

Drucksache 17/4876

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes – Digitalisierung vergriffener und verwaister Werke

Drucksache 17/4661

Gemeinsam lernen – Inklusion in der Bildung endlich umsetzen

Drucksache 17/11143

Kinderrechte umfassend stärken und ins Grundgesetz aufnehmen

Drucksache 17/7644

Hände weg von der Initiative »JUGEND STÄRKEN«

Drucksache 17/6393

Kooperationsverbot in der Bildung unverzüglich aufheben

Drucksache 17/785

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter www.linksfraktion.de

